

Und endlich gibt es einen neuen Präsidenten in der Ukraine – wie geht es weiter?

Was in der Ukraine geschehen ist und geschieht, wird sich nicht nur auf die Zukunft des Landes selbst, sondern auch auf die Situation in Rußland, der Europäischen Union, auf die russisch-ukrainischen Beziehungen sowie die Beziehungen Rußlands zur Europäischen Union und zum Westen insgesamt auswirken.

Das Wahlergebnis vom 26. Dezember 2004 war schon keine Überraschung mehr: Die Niederlage von Premierminister Viktor Janukowitsch bei der Wiederholung der zweiten Runde war zu erwarten gewesen. Damit fanden die sich über Wochen hinziehenden politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unter Einmischung vieler Akteure aus dem In- und Ausland ein vorläufiges Ende. Dieses war mit dem Kompromiß über die Veränderung hin zu einer stärker parlamentarisch geprägten Struktur, der vor Ansetzung der Wiederholungswahl erzielt worden war, bereits absehbar. Denn mit diesem wurde deutlich, daß sich weitere Teile der herrschenden Macht unter dem Druck der Proteste und Demonstrationen sowie der Einflußnahme aus dem Ausland vom amtierenden Premierminister abgewandt und auf die Seite des ehemaligen Premiers geschlagen hatten.

Juschtschenko gewann nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis mit komfortablen 51,99 Prozent der Stimmen (15 115 452 Wähler) gegenüber 44,19 Prozent (12 848 878 Stimmen) für Janukowitsch. „Gegen alle“ stimmten 2,34 Prozent der Wahlberechtigten.

Die Beobachter aus West und Ost – Tausende waren eingeladen worden – werteten die Wahl durchaus unterschiedlich. Die westlichen Beobachter würdigten sie durchweg als transparenter und den demokratischen Standards entsprechender als die beiden Wahlrunden zuvor. Die Wahlbeobachter aus Rußland wiesen auf viele Verstöße vor allem im Westen der Ukraine hin. Taras Tschornowil, Leiter des Janukowitsch-Wahlkampfstabes, beschuldigte die Anhänger Juschtschenkos der Wahlfälschung. Er behauptete, daß „anderthalb Millionen Wahlzettel eingeworfen worden waren, insbesondere in der Westukraine“. Das Wahlteam von Janukowitsch hatte bei der Zentralen Wahlkommission die Ergebnisse der Wiederholungswahl in allen 225 Wahlkreisen angefochten, zudem beim Obersten Gericht der Ukraine vier Klagen wegen Ordnungswidrigkeiten eingereicht. Letztlich wurden die Anfechtungen alle abschlägig beschieden.

Das Team von Juschtschenko macht sich derzeit daran, das politische Feld für die Machtübernahme zu bereiten. Bereits vor dem Wahltag hatte Juschtschenko vor seinen Anhängern auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew erklärt: „Ich weiß, was ich an den ersten Tagen meiner Amtszeit als Präsident tun werde. Erste Erlasse sind bereits fertiggestellt.“

Danach will er die Steuern senken, den Wehrdienst in der Armee auf zwölf Monate reduzieren und die ukrainischen Soldaten aus dem Irak abzie-

hen. Die Werchowna Rada (das Parlament) hatte bereits am 3. Dezember mit 257 Stimmen – 226 Stimmen hätten ausgereicht – für den Abzug der ukrainischen Truppen aus dem Irak gestimmt. Derzeit sind im Irak 1 600 ukrainische Armeeangehörige stationiert.

„Die Steuern werden niedriger sein, aber sie werden von allen gezahlt werden“, betonte Juschtschenko. Er teilte ferner mit, daß die einmaligen Rentenzuschläge, die vor der ersten Wahlrunde auf Initiative von Premier Janukowitsch gezahlt wurden, der Rente zugerechnet werden. Zudem versicherte Juschtschenko als Signal an den Osten der Ukraine, die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung würden nicht beeinträchtigt, und

er selbst werde eine Politik der guten Nachbarschaft mit Rußland verfolgen: „Niemand wird eine russische Schule schließen, und niemand wird den einen ein Gotteshaus nehmen, um es den anderen zu übergeben.“

Aus seiner Umgebung wurde aber auch bekannt, daß man eine Revision der Kooperation mit Rußland im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraumes und des Internationalen Gaskonsortiums anstrebe. So erklärte am 29. Dezember Alexander Sintschenko, der Leiter seines Wahlkampfstabes und stellvertretende Parlamentsvorsitzende: „Wir sind bereit, ein neues Schema des Herangehens vorzuschlagen. Denn wir sind der Ansicht, daß das im Modell des Konsortiums ursprünglich vorgeschlagene →

Beschluß über Bau der „Ostsibirien-Pazifik“-Pipeline

Ende Dezember hat die russische Regierung die lange erwartete Entscheidung über den Pipelinebau im Osten des Landes getroffen. Rußlands Ministerpräsident Michail Fradkow unterzeichnete nach Angaben des Pressedienstes der Regierung am 31. Dezember 2004 einen Beschluß über den Bau einer Ölpipeline zwischen Taischet im Gebiet Irkutsk und der Bucht Peresowotschnaja in der Region Primorje im Fernen Osten. Die Regierung unterstützt damit einen Vorschlag des Industrie- und Energieministeriums und der Öltransportgesellschaft Transneft, dieses „Ostsibirien-Pazifik“ genannte Pipelinesystem zu bauen, mit dem vor allem der Erdöllexport Richtung Japan und in die USA ausgebaut wird. Die gesamte Transportkapazität der Pipeline soll sich künftig auf bis zu achtzig Millionen Tonnen Öl im Jahr belaufen. Das Industrie- und Energieministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel sowie Transneft sollen bis zum 1. Mai 2005 konkrete Planungen für den Bau bestimmen. Mit dem Beschluß wurde der Bau einer Pipeline Richtung China mit einer Kapazität von 35 Millionen Tonnen im Jahr, der vor allem vom Erdölunternehmen Jukos unterstützt worden war, zu den Akten gelegt. Statt dessen will die russische Eisenbahn den Öltransport Richtung China von derzeit etwa siebzehn Millionen Tonnen im Jahr auf 34 Millionen Tonnen verdoppeln.

Inhalt

Und endlich gibt es einen neuen Präsidenten in der Ukraine - und wie geht es weiter?	
von Olexander Kruschewoi.....	1
Rußlands Modernisierung. Umweg oder Sonderweg?	
von Heinz Timmermann.....	4
Der Kreml, Jukos und die Perspektiven einer mächtigen nationalen Erdöl- und Erdgasgesellschaft	
von Sergej Barbajew.....	6
Weg aus dem Machtvakuum in Abchasien unter russischer Vermittlung	
von Tamar Nikuladse.....	8
Erneut Regierungsumbildung in Georgien	
von Tamar Nikuladse.....	9
„Der einfache Milizionär ist im tiefsten Inneren unzufrieden.“ Zur Islamfeindlichkeit in der russischen Presse	
von Juli Urussow.....	10

Der „Newsletter“ 2/2005 erscheint Anfang März.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 4. Januar 2005

Impressum

Redaktion: Peter Franke (v.i.S.d.P.), Britta Wollenweber
Anschrift: Wostok-Verlag,
Am Comeniusplatz 5,
10243 Berlin,
Satz und Druck: Wostok-Verlag
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.
Der Newsletter kann in gedruckter Form, per Fax oder per e-mail bezogen werden. Abonnentinnen und Abonnenten von „Wostok“ erhalten „Wostok“ und „Wostok Newsletter“ im Kombipaket zu einem Sonderpreis. Bestellungen bitte an den Verlag. Der „Wostok Newsletter“ kostet für „Wostok“-Abonnenten für acht Ausgaben beim Versand des Newsletters per Post 29,00 Euro (Lieferung ins Ausland: 37,00 Euro), beim Bezug per Fax 24,50 Euro und per e-mail 16,00 Euro. Für alle anderen Bezieher gilt: Bezug per Post - 34,00 Euro (Lieferung ins Ausland: 42,00 Euro), per Fax - 28,50 Euro und per e-mail - 20,00 Euro. Der Bezug des Newsletters kann bis drei Wochen vor Ablauf des bezahlten Abonnementzeitraums gekündigt werden.

ISSN (Print): 1616-8631
ISSN (Internet): 1616-881X

→ Wahl in der Ukraine

Schema nicht ganz vollkommen ist.“ Man habe aber keine Pläne, die Diskussion über die Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes mit Rußland, Belarus und Kasachstan aufzugeben. Zudem plane man eine Überarbeitung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Rußland und der Ukraine.

Juschtschenko erklärte zudem, daß die „Regierung des Volksvertrauens“, die er nach seinem Amtsantritt bilden will, dem Parlament eine Konzeption zur Entwicklung des Landes für die nächsten fünf Jahre vorlegen wird. Allerdings wird die neue Regierung ungünstige wirtschaftliche Tendenzen überwinden müssen, die sie nach Worten seines stellvertretenden Wahlkampfleiters Pjotr Poroschenko, der sich selbst schon als möglicher Premierminister ins Spiel gebracht hat, vom Kabinett Janukowitsch geerbt hat. Poroschenko erläuterte, daß das ausgeschöpfte Potential des Wirtschaftswachstums und die galoppierende Inflation die Hauptprobleme in der Wirtschaft darstellen. Zudem kündigte er an, daß der Staatshaushalt einer Revision unterzogen werden soll. „Im Februar wird die neue Macht ihre Haushaltspolitik vorgelegen“, erklärte er.

In den letzten Wochen ist in der Ukraine eine beachtliche Preissteigerung bei Waren des täglichen Bedarfs und bei Industrieartikeln zu verzeichnen. Die Bevölkerung kaufte in großem Umfang Lebensmittel und trennte sich von der Nationalwährung Griwna. Die Nationalbank versuchte den Kurs des Griwna zu stützen, dadurch verringerten sich allein im November die Gold- und Devisenreserven um 7,8 Prozent (831,1 Millionen Dollar) auf rund 9,8 Milliarden Dollar. Die staatliche Statistikbehörde stellte einen Rückgang der Industrieproduktion im November um 4,4 Prozent gegenüber dem Vormonat fest. Bereits die

Zuwachsrates des Bruttoinlandsproduktes war im Oktober gegenüber dem August fast auf die Hälfte zurückgegangen, und die Zuwachsrates der Industrieproduktion ist heute um 60 Prozent niedriger als im Oktober des Vorjahres.

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob diese negative Entwicklung auf die politischen Erschütterungen oder auf die an ihre Grenzen stoßende Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Juschtschenko und sein Team machen vor allem die alte Regierung für die Entwicklung verantwortlich. Zugleich wird sich auch zeigen, ob die von vielen in der Ostukraine befürchtete Hinwendung zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik unter Juschtschenko tatsächlich stattfinden wird. Denn die Ukraine lebte bisher vor allem von der Industrie im Osten des Landes. Der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre wurde von den Exportzweigen wie Chemie und Metallurgie getragen. Zudem ist die Ukraine reich an Rohstoffen und profitierte von den hohen Weltmarktpreisen. Hier lagern einmalige Nickel-, Titan-, Kohle- und Tonerdevorkommen. Traditionell gut ist auch die Nahrungsmittelindustrie entwickelt. Hauptkäufer dieser Produkte ist Rußland. Solange die Marktkonjunktur für die Exporterzeugnisse unverändert bleibt, droht der Wirtschaft der Ukraine wenig

Gefahr. Die Ukraine ist zudem für ihre fruchtbaren Böden berühmt. Der Osten war schon zu den Zeiten des russischen Reichs eine Schmiede der Industrie. Saporoschje, Dnepropetrowsk und Poltawa sind auch heute große Industriezentren.

Vieles im künftigen Verhältnis zu Rußland wird also von der neuen „Regierung des Volksvertrauens“ abhängen, über deren Zusammensetzung seit geraumer Zeit verhandelt wird. Die Regierung soll sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen, die nicht so knapp ist wie beim Mißtrauensantrag gegen Premier Janukowitsch, dem das Parlament mit 229 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen hatte.

Im alten Regierungslager haben sich ja bereits in den letzten Wochen Absetzbewegungen gezeigt. So heißt es denn aus der Umgebung des neu gewählten Präsidenten: „In Juschtschenkos Team gibt es einige würdige Anwärter auf den Posten des Premiers. Hauptkriterium wird jedoch nicht seine Zugehörigkeit zu der einen oder anderen politischen Kraft sein, sondern seine Ehrlichkeit und sein fachmännisches Können.“ Denn mit den beschlossenen Verfassungsänderungen werden sich die Machtbefugnisse, wenn sich das Juschtschenko-Lager an die Übereinkünfte hält, in die-

Wahlen in Turkmenistan und Usbekistan

Am 19. Dezember 2004 wurde in Turkmenistan ein neues Parlament gewählt. Es beteiligten sich nach Angaben der Zentralen Wahlkommission 76,88 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. Um die fünfzig Sitze im Parlament bewarben sich 130 Kandidaten, die alle Mitglieder der Partei von Präsident Nijasow sind. Ausländische Beobachter waren nicht zur Wahlbeobachtung eingeladen. Am 26. Dezember wurde auch in Usbekistan ein neues Parlament gewählt. Die Wahlbeteiligung lag hier bei 85,1 Prozent. Die Oppositionsparteien waren von der Wahl ausgeschlossen worden und hatten zu deren Boykott aufgerufen. Dem Wählervotum stellten sich insgesamt fünf Parteien, die alle die Macht stützen. Offizielle Ergebnisse über die Verteilung der Mandate lagen Anfang Januar noch nicht vor, bekanntgegeben wurde lediglich, daß in fünfzig Wahlkreisen am 9. Januar Stichwahlen stattfinden werden.

sem Jahr stärker hin zum Parlament verschieben und der Präsident im politischen Spiel an Bedeutung verlieren. Damit aber gewinnen die Parlamentswahlen im Jahr 2006 schon jetzt an Bedeutung. Denn 2005 wird sich zeigen, ob die Koalition, die Janukowitsch gestützt hat, zusammenbleibt und sich neu gruppieren kann oder zerfällt.

Die weitere Politik des Stahlmagnaten Rinat Achmetow (ein einflußreicher Oligarch aus Donezk, der Janukowitsch bei der Wahl unterstützt hat) hängt direkt von seinen Wirtschaftsinteressen ab. Die Union von Janukowitsch und Achmetow mit Rußland bei den zurückliegenden Präsidentschaftswahl war situationsbedingt. Rußland, das selbst über eine starke Bergbau- und Stahlindustrie verfügt, ist für Achmetow auch Konkurrent auf dem Weltmarkt. Deshalb ist Juschtschenko, der mit Unterstützung des Westens eine Aufhebung oder eine wesentliche Erhöhung der Quoten für die ukrainischen Stahllieferungen auf den Weltmarkt erwirken kann, für Achmetow objektiv vorteilhaft. Gleichzeitig ist aber von Juschtschenko auch eine Öffnung des einheimischen Marktes zu erwarten. Wahrscheinlich wird Achmetow in der Zusammenarbeit mit den Behörden versuchen, immer wieder die Oppositionskarte auszuspielen, ganz sicher wird er sie im Falle ernsthafter ökonomischer Meinungsverschiedenheiten ziehen. Die ehemaligen Machthaber werden dann eher linkszentristische Positionen einnehmen. Bereits bei seiner Kampagne vor dem dritten Wahlgang nutzte Janukowitsch weitgehend Parolen der ukrainischen Sozialistin Natalja Witrenko.

Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma hatte am 8. Dezember die Änderungen an der Verfassung und am Präsidentschaftswahlgesetz unterschrieben, die eine Wiederholung des zweiten Wahlganges der Wahl erlaubten und einen

Kompromiß zwischen den rivalisierenden Gruppen darstellten. Die Unterzeichnung erfolgte gleich nach der Verabschiedung der Änderungen durch die Oberste Rada. Für die Neuregelungen hatten 402 Abgeordnete gestimmt, wobei für die Annahme 300 Stimmen ausgereicht hätten. Hier zeichnet sich bereits ab, wie groß die Mehrheit für die „Regierung des Volksvertrauens“ sein könnte.

Die Verfassungsänderungen sehen eine Umverteilung der Vollmachten zwischen dem Parlament und dem Präsidenten vor. Die Neuregelungen erweitern die Vollmachten des Parlaments und der Regierung und beschneiden die Vollmachten des Präsidenten. Der Präsident verliert zum Beispiel das Recht, Regierungsmitglieder und regionale Verwaltungschefs zu ernennen beziehungsweise zu entlassen. Dabei behält der Präsident das Recht, Kandidatenvorschläge für das Amt des Verteidigungsministers, des Außenministers, des Generalstaatsanwalts und des Chef des Sicherheitsdienstes im Parlament einzubringen. Der Regierungschef wird künftig vom Parlament gewählt, und seine Kandidatur wird im Parlament vom Präsidenten auf Vorschlag einer Mehrheitskoalition eingebracht. Andere Regierungsmitglieder werden von der Obersten Rada auf Vorschlag des Premierministers ernannt. Das Parlament ist nun berechtigt, die Leiter des Anti-Monopol-Komitees, des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk und des Fonds für Staatsvermögen ins Amt einzusetzen und zu entlassen. Die Verwaltungschefs vor Ort werden künftig von der Regierung auf Vorschlag des Premierministers ernannt. Die Koalition, die aus der Parlamentsmehrheit hervorgeht, trägt die Verantwortung für die Arbeit der von ihr gebildeten Regierung. Das Parlament entscheidet auch über die Entlassung des Kabinetts. Die Regierung muß innerhalb eines Monats nach der ersten Sitzung der Werchowna Rada

Rußlands Verteidigungsminister Sergej Iwanow zu Präventivschlägen gegen Terroristen

Das russische Verteidigungsministerium schließt Präventivschläge gegen Terroristenlager im Ausland nicht aus. Gegenüber Journalisten erklärte Verteidigungsminister Sergej Iwanow am 30. Dezember 2004: „Bei der Planung solcher Schläge wird das vorher niemandem bekanntgegeben, denn sonst verliert die Aktion ihren Sinn.“ Der Minister führte weiter aus, daß Präventivschläge „nicht von Rußland erfunden worden seien“ und keinen Masseneinsatz von Truppen voraussetzen. Auf die Frage der Journalisten, ob es schon Ziele gebe, gegen die Präventivschläge geführt werden könnten, antwortete Iwanow: „Ziele gibt es immer.“

gebildet werden. Die Änderungen treten am 1. September 2005 in Kraft.

Viktor Juschtschenkos Sieg bei der „dritten Wahlrunde“ in der Ukraine, führt zwar eine tiefgreifende Erneuerung der Macht und der ukrainischen Politik herbei, löst jedoch das Problem der politischen Spaltung des Landes nicht. Daß der Vorsprung des „Führers der orangefarbenen Revolution“ kaum mehr als zehn Prozent beträgt, zeugt davon. Das Problem einer möglichen Föderalisierung des Landes steht damit auf der Tagesordnung, in jedem Fall müssen der neue Präsident und die Regierung Wege finden, die Spaltung des Landes zu überwinden. Die Schärfe der politischen Konfrontation brachte zutage, daß es in den Jahren der Unabhängigkeit nicht gelungen ist, eine geeinte politische Nation zu formen. Die Gegensätze und Unterschiede zwischen den Regionen des Landes sind offensichtlich und akut, dies läßt fragen, ob die Ukraine als Zentralstaat eine Perspektive hat? Eine Möglichkeit, die Integrität des Landes zu wahren, ist der Übergang zu einer föderativen Struktur. Dafür bedarf es aber des Willens der Führung und innenpolitischer Stabilität.

Und dann heißt es für Juschtschenko auch, gegen Klischees anzugehen. Die russische herrschende Klasse zeigte sich sehr empfindlich angesichts der direkten und wirksamen Unterstützung von Juschtschenko durch den Westen und wertete sie als eine antirussische Strategie.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß in bezug auf die ukrainische Krise sowohl Rußland als auch der Westen schwere Fehler begangen haben. Der wichtigste ist, daß die Ukraine für beide Seiten nicht ein Feld möglicher politischer Zusammenarbeit, sondern eher das einer Entscheidungsschlacht war, ob die Ukraine bei Rußland bleibt oder sich unumkehrbar dem Westen zuwendet.

Gegenwärtig neigen viele dazu, die Vorgänge in der Ukraine als Revolution zu beurteilen. Möglicherweise ist das eine Übertreibung. Aber Fakt ist: Hunderttausende gingen in Kiew und anderen Städten auf die Straße. Und es kommt die Frage auf: Warum hat sich der Routinekampf von Klans innerhalb der herrschenden Elite in solche Volksunruhen, die die Nation gespalten haben, ausgewachsen? Der Hauptgrund dafür, daß sich die Menschenmassen zum offenen Protest entschlossen haben, hängt wohl weniger mit ihren Sympathien für den jeweiligen Kandidaten zusammen, sondern damit, daß sie nicht mehr das korrupte oligarchische Regime, das Demokratie imitiert, dulden wollten. Zudem waren sich die meisten Ukrainer sicher, daß ihnen die Wahl gestohlen werden sollte. Wie sich herausstellte, übersahen die russischen Polittechnologien in ihren effektivsten Methoden den Faktor der Gesellschaft und ihre Meinung völlig.

Olexander Kruschewoi,
Journalist, Kiew

Rußlands Modernisierung – Umweg oder Sonderweg

Am Anfang, bei Amtsantritt des neuen Präsidenten im Jahre 2000, lautete im Westen die Frage: „Wer ist Putin?“ Nur wenige kannten damals die Person des Jelzin-Nachfolgers, geschweige denn dessen Programm. Dies hat sich im Laufe seiner ersten Amtsperiode geändert. Heute wissen wir: Das zentrale Ziel Putins besteht darin, Rußland politisch zu stabilisieren und ökonomisch zu modernisieren, um das Land als eigenständige, mit entsprechenden Ressourcen versehene und von westlichen Vorgaben unabhängige Großmacht auf die internationale Bühne zurückzuführen. Heute bildet daher nicht länger das Programm Putins ein Feld von Ungewißheiten und unterschiedlichen Interpretationen. Vielmehr lautet die Frage jetzt: Sind die Methoden und Instrumente Putins geeignet, Rußland den

Weg in die Moderne zu bahnen? Zielt seine Politik auf einen in den spezifischen kulturhistorischen und ethischen Traditionen des Landes wurzelnden autoritären Sonderweg, der sich in seinen Grundwerten und demokratischen Prinzipien von gewachsenen europäischen Werten abgrenzt und den Tendenzen zu globalem Denken und Handeln zuwiderläuft? Oder erfordern Stabilisierung und Modernisierung Rußlands im Innern einen durch vorübergehende Einschränkung europäischer Prinzipien gekennzeichneten Umweg, damit diese nach vollzogener Konsolidierung um so erfolgreicher zum Durchbruch gelangen und Rußland als integralen Bestandteil der politischen Kultur Europas ausweisen?

Diese Grundfrage, die nicht zuletzt auch die Diskussionen über die anvisierte Vertiefung

der Partnerschaft Rußlands mit der EU bestimmt, kann heute nicht eindeutig beantwortet werden. Auf der einen Seite wird auch im Westen nur selten bestritten: Nach dem von Jelzin betriebenen – und zur Zerschlagung der dominierenden KP-Machtsäulen gewiß notwendigen – totalen Systembruch, der sämtliche Aspekte der Gesellschaft gleichzeitig betraf und den Aufbau zuverlässiger neuer Strukturen vernachlässigte, war die Sicherung von Stabilität, Ordnung und Berechenbarkeit unabweisbar. Das galt im übrigen auch für die Außenbeziehungen Rußlands, in denen die oft emotionalen, von entsprechenden Ressourcen nicht gedeckten Vorstöße Jelzins im „nahen“ und „fernen“ Ausland Moskau eher in die Defensive drängten und das Land global sogar zu isolieren drohten. Unter großen Teilen der Bevölkerung wurde Demokratie mit politischer Instabilität gleichgesetzt, Marktwirtschaft mit Raubkapitalismus und krimineller Aneignung der wirtschaftlichen Reichtümer des Landes. Wie die Parlaments- und die Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2003 beziehungsweise März 2004 belegen, stimmt die große Mehrheit der Bevölkerung der Politik Putins zur Durchsetzung von stabilitätsorientierter Modernisierung im Innern und zur Wiederherstellung der Rolle Rußlands als globaler Akteur zu.

Auf der anderen Seite weckt jedoch der schleichende Übergang von der fragilen Demokratie der Jelzin-Ära hin zu einem staatsmachtfixierten Autoritarismus im Zeichen der präsidentialen Machtvertikale unter Putin Bedenken. Zwar sind die Institutionen der Demokratie formal weiter vorhanden, doch werden sie zunehmend ihres Inhalts beraubt und zu Instrumenten der Lenkung von

Politik und Gesellschaft sowie deren lückenloser Kontrolle transformiert. Mit dem Zurückdrängen von politischer Streitkultur, von Machtpluralismus und Gewaltenteilung schwinden wichtige Antriebskräfte der Modernisierung, steigen die Gefahren von Stagnation und Fehlentwicklung, sinken die Chancen Rußlands, sich als starker Akteur in die Prozesse der Globalisierung einzuschalten. Der Staat wird zur zentralen Modernisierungsagentur, zunehmend dominiert von Sicherheitsorganen und bürokratischen Apparaten mit ihren eigenen spezifischen Interessen.

Natürlich können der Westen und hier insbesondere die geographisch nahe EU mit Deutschland als ihrem integralen Bestandteil nicht beiseite stehen und warten, bis sich der Charakter der inneren Transformationsprozesse Rußlands mit seinen Auswirkungen auf die Außenbeziehungen des Landes geklärt hat. Dies gilt um so mehr, als sich die Außenpolitik Putins – in ihrer Funktion als verlässlicher externer Rahmen für die Modernisierung des Landes – als pragmatisch, berechenbar, an nationalen Interessen orientiert und nach außen koalitionswillig erwiesen hat. Ohne Rußland als Mitglied des UN-Sicherheitsrates lassen sich viele Konflikte in Europa und seinem Umfeld kaum regeln. Das gilt auch für so zentrale Probleme wie die Terrorismusbekämpfung, die Fortsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Eindämmung von organisierter Kriminalität sowie den Umwelt- und Klimaschutz. In diesem Kontext muß das Nutzpottential des Landes freigesetzt und sein Schadenspotential eingegrenzt werden. Zu Recht charakterisierte Javier

Erlaß über die Ernennung der Gouverneure und Republikpräsidenten in Rußland

Nachdem das Gesetz über die Benennung der Gouverneure und Republikpräsidenten durch den russischen Präsidenten und ihre nur noch indirekte Wahl durch die regionalen Parlamente Gesetzeskraft erlangt hat, hat Präsident Wladimir Putin einen Erlaß „Über das Verfahren zur Nominierung der Gouverneure und der Republikpräsidenten“ unterzeichnet. Dies gab der Presseedienst des Präsidenten Ende Dezember bekannt. Danach sollen der Leiter der Präsidentialverwaltung und jeweils die Bevollmächtigten des Präsidenten in den sieben Föderalen Distrikten eine Liste mit Kandidaten für die Gouverneurs- und Präsidentenämter der Föderationssubjekte erstellen. Diese Listen werden dann dem Präsidenten vorgelegt. Für jedes Amt müssen mindestens zwei Kandidaten vorgeschlagen werden. Die Kandidaten sollen nach ihrem Ruf, ihrer Geschäftsreputation, ihren Leistungen als Staatsbeamte und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beurteilt werden. Auch die Ergebnisse der Beratungen mit regionalen gesellschaftlichen Organisationen sollen in die Bewertung fließen. Der ehemalige Justizminister und heutige Vorsitzende des Dumausschusses für Gesetzgebung Pawel Krascheninnikow lobte, daß mit diesem Erlaß ein würdiges Verfahren gefunden sei, das es Rußland erlaube, das unbefriedigende bis heute existierende System, nämlich daß Wahlen durch Geld, statt durch die Bevölkerung entschieden werden, hinter sich zu lassen. Kritiker hingegen meinen, daß die Rechte der Bürger auf eine freie und direkte Wahl ihrer Repräsentanten immer weiter eingeschränkt werden.

Solana die Entwicklung der Partnerschaft EU-Rußland als „die wichtigste, drängendste und herausforderndste Aufgabe zu Beginn des 21. Jahrhunderts“. Doch wie sollten die EU und der Westen insgesamt mit den autoritären Tendenzen im „System Putin“ und seinen selbstbewußten Ansätzen im postsowjetischen Raum umgehen?

Hier tritt ein Punkt in den Vordergrund: nämlich die Notwendigkeit, wechselseitige Selbst- und Fremdwahrnehmungen zu korrigieren, da Fehlperzeptionen die jeweilige konkrete Politik ganz erheblich beeinflussen können. Darüber hinaus sollten die der Partnerschaft zugrunde liegenden gemeinsamen Werte und Prinzipien nicht völlig in den Hintergrund gerückt werden, etwa im Hinblick auf demokratische Staatsstrukturen, auf funktionierende Rechtssysteme, auf bürgerliche Freiheiten, einschließlich zivilgesellschaftlicher Artikulationschancen. In diesen Kontext gehört auch die notwendige Kritik an dem brutalen, undifferenzierten und kaum kontrollierten Vorgehen russischer Sicherheitsorgane in Tschetschenien, ist dies doch eher geeignet, den Konflikt anzuhizen und auf den gesamten Nordkaukasus auszudehnen, Fundamentalisten aus dem islamischen Raum anzulocken und die Staatsgewalt in Rußland selbst zu Lasten verbliebener persönlicher Rechte und Freiheiten weiter zu stärken.

Die Divergenzen über die der Partnerschaft zugrunde liegenden Werte sollten jedoch die Zusammenarbeit auf konkreten Feldern gemeinsamen Interesses nicht blockieren. Das gilt zum einen für die Ausfüllung der von Christian Wipperfürth (in seinem demnächst erscheinenden Buch - Anm. der Red.) beschriebenen vier Gemeinsamen Europäischen Räume. Hier könnte der russische Partner darauf verwiesen werden: Modernisierung und Öffnung zu den Weltmärkten setzen ein Mindestmaß an Kon-

Parlamentswahlen in Moldova am 6. März 2005

Das moldawische Parlament hat die Parlamentswahlen in der Republik auf den 6. März dieses Jahres festgesetzt. Die Legislaturperiode des 2001 gewählten Parlaments endet am 26. Februar. Nach der Verfassung muß die neue Legislative innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Amtszeit gewählt werden. Die Oppositionsparteien hatten vorgeschlagen, die Wahl erst im Mai durchzuführen, um mehr Zeit für die Vorbereitung zu lassen. Die herrschende Partei der Kommunisten Moldovas setzte den amtierenden Präsidenten Wladimir Voronin auf Platz 1 ihrer Parteiliste. Ebenfalls auf den vorderen Listenplätzen der KP finden sich Premierminister Vasile Tarlev, die Parlamentsvorsitzende Evgenia Ostapciuc und der Parteivorsitzende Viktor Stepaniuk. Der Oberste Sowjet Transnistriens legte die örtlichen Wahlen auf den 27. März 2005.

Klage der Opposition zurückgewiesen

Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat Mitte Dezember 2004 die Ergebnisse der Dumawahlen vom Dezember 2003 bestätigt und damit die von der Kommunistischen Partei, Jabloko und dem Bündnis „Komitee-2008“ eingereichte Klage gegen die Wahlergebnisse zurückgewiesen. Die Opposition hatte ihre Klage

damit begründet, daß der Wahlkampf nicht fair gewesen sei. Zu den Klägern zählten die Dumaabgeordneten Wladimir Ryschkow und Irina Chakamada, der Chefredakteur von „Moskowskije nowosti“ Jewgeni Kisseljow und der Chefredakteur der „Nowaja gaseta“ Dmitri Muratow. Insbesondere Präsident Wladimir Putin hätte Wahlkampfunterstützung geleistet, als er sich mit einer landesweit ausgestrahlten Grußbotschaft an den Parteikongreß von „Jedinaja Rossija“ gewandt hatte. Angeführt wird in der Begründung zudem, daß die fünf landesweiten Fernsehsender in ihrer Wahlkampfberichterstattung eindeutig zugunsten der Machtpartei berichtet hätten. Den Prinzipien eines fairen Wahlkampfes widerspreche auch, daß auf der Parteiliste von „Jedinaja Rossija“ 37 regionale Leiter und Regierungsvertreter gestanden hätten, die ihr Mandat nach dem Wahlsieg nicht wahrgenommen und auch nie vor gehabt hätten, dieses wahrzunehmen. Die Anwälte des „Komitees-2008“ erklärten, daß sie vor dem Präsidium des Obersten Gericht Einspruch gegen das Urteil einlegen wollten und nötigenfalls bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gehen würden. Sie begründeten dies damit, daß das Oberste Gericht weder alle Zeugen vorgeladen und gehört hatte, noch das gesamte Material, daß die Kläger vorgelegt hatten, gesichtet hätte.

trolle, Transparenz und Rechtssicherheit als wichtige Attribute der Demokratie voraus. Zum anderen sollten beide Seiten danach streben, ihre Partnerschaft zu nutzen, um ihre Beziehungen zu den um Identität, Selbstbehauptung und internationale Ausrichtung ringenden „Neuen Nachbarn“ Ukraine, Belarus und Moldova zu einem Feld konstruktiver gesamteuropäischer Entwicklung zu machen. Käme es in dieser sensiblen geopolitischen Zwischenzone aber zu einem harten Nullsummenspiel zwischen Rußland und der EU, das ohne Zustimmung der Völker über die Zuordnung ihrer Länder in freien und fairen Wahlen verlief, so könnten die EU-Rußland-Beziehungen selbst beschädigt werden.

So ist die Zukunft der Beziehungen zu Rußland durchaus offen und hängt ganz wesentlich von den inneren Entwicklungen des Landes ab. In dem Maße, wie sich Rußland

auf der Grundlage eigener Entwicklungen an Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit orientiert und sich damit die Lücke zwischen normativen Anforderungen und funktionaler Kooperation verringert, wird seine perspektivische, auch institutionelle Einbindung in die europäischen Integrationsprozesse im Zeichen einer privilegierten Partnerschaft anvisiert werden können, sofern dies von Moskau gewünscht wird. Die prinzipiell positive Einstellung der russischen Bevölkerungsmehrheit zu Demokratie und persönlichen Freiheiten, die mit fortschreitender Internationalisierung der russischen Wirtschaft verbundenen Modernisierungsschübe bis hinein in den politischen Bereich, dann auch die Partnerschaften von Regionen, Städten, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren insbesondere in Europa könnten hier eine positive Wirkung entfalten.

Sollten sich in Moskau dagegen die wachsenden autoritären Tendenzen als dauerhafter Sonderweg und eben nicht als notwendiges temporäres Durchgangsstadium zu stabilen Verhältnissen als Voraussetzung für strukturelle Modernisierung erweisen, so würden sich die EU-Rußland-Beziehungen auf die Einbeziehung Rußlands in die gesamteuropäischen Kooperationsprozesse beschränken. In diesem Falle würde die Partnerschaft den Schwerpunkt auf vielseitige funktionale Zusammenarbeit mit einem Europa setzen, das ihm gegenüber als konstruktiver Partner, notfalls aber auch als nachhaltiger Widerpart auftritt.

Heinz Timmermann, Politologe, Köln
(Vorwort zum demnächst erscheinenden Buch von Christian Wipperfürth: Putins Rußland – ein vertrauenswürdiger Partner?)

Der Kreml, Jukos und die Perspektiven einer mächtigen nationalen Erdöl- und Erdgasgesellschaft

Nur kurz dauerte die Irritation der Beobachter über jene unbekanntes Baikalfinansgrup, die am 19. Dezember 2004 bei einer unaufregenden Zwangsversteigerung den Zuschlag für 79,79 Prozent der Aktien der Jukos-Tochter Juganskneftegas für 9,34 Milliarden Dollar erhalten hatte. Baikalfinansgrup stellte sich als „Transitunternehmen“ heraus, das unter Federführung von Präsidentenberater Igor Settschin von Kremloffiziellen und Geschäftsleuten erst kurz vor der Auktion gegründet worden war und wenige Tage nach der Auktion von der hundertprozentig staatlichen Rosneft, die auf Platz siebzehn der fünfzig größten russischen Unternehmen liegt, aufgekauft wurde. Ein Sprecher von Rosneft teilte bereits am 22. Dezember mit, die Eigentümer der Baikalfinansgrup hätten dem Erdölunternehmen die Firmenaktiva angeboten und daß der Kauf von Juganskneftegas im Rahmen der Entwicklungspläne von Rosneft erfolgt sei, die eine Ausweitung der Produktionskapazitäten in allen Regionen, in denen man aktiv sei, vorsehen: in Sibirien, im Fernen Osten, Nord- und Südrubland. Mit der Übernahme von Juganskneftegas komme man diesem Ziel ein gutes Stück näher, Rosneft werde nach LUKoil das größte Ölunternehmen Rußlands und zukünftig zu den fünfzehn bis zwanzig mächtigsten Förderunternehmen der Welt zählen.

Hatten sich neben Gaspromneftegas, der First Venture Company und Intercom zunächst drei Unternehmen für die Zwangsversteigerung angemeldet, zogen die beiden letzteren ihre Angebote zurück, nachdem sich das Jukos-Management, das Rußland verlassen hatte, mit einer Klage über den Verkauf der Aktien von Jukos an ein US-Gericht gewandt hatte. Dieses hatte der Klage in

einer einstweiligen Verfügung stattgegeben und den Aktienverkauf der Jukos-Tochter mit einem Verbot belegt. Zugleich wurden westlichen Finanzinstituten Sanktionen angedroht, sollten sie die Übernahme mit Krediten finanzieren.

Kaum jemand hatte erwartet, daß die Hauptaktiva von Jukos nicht dem Staat beziehungsweise einer mit ihm verbundenen Struktur zufallen würden. Angesichts der geplanten Fusion des Gasmonopolisten Gasprom mit Rosneft wäre es eben letztlich doch Gasprom gewesen, auch wenn es als international agierendes Unternehmen aufgrund des sich abzeichnenden internationalen Drucks und der Befürchtung eines Imageverlustes nicht selbst als Käufer auftrat. Allerdings wurde die geplante Fusion mit Rosneft, die bereits Ende Januar 2005 abgeschlossen sein sollte, Ende Dezember 2004 vorerst ausgesetzt.

Die sich seit der Verhaftung von Jukos-Chef Michail Chodorkowski im letzten Jahr abzeichnende Zerschlagung des Konzerns ist mit dem Verkauf von Juganskneftegas vorläufig abgeschlossen, was Chodorkowski auf seiner Webseite mit den Worten kommentierte, der Staat habe den erfolgreichsten Ölkonzern Rußlands zerstört. Der russische Präsident Putin wandte sich mit scharfen Worten gegen die nationalen und internationalen Vorwürfe der Renationalisierung von Privateigentum. Auf einer Pressekonferenz am 23. Dezember erklärte er: „Sie wissen, wie die Privatisierung Anfang der 90er Jahre verlaufen ist und wie viele Wirtschaftsakteure unter Ausnutzung verschiedener Winkelzüge, die auch gegen die damalige russische Gesetzgebung verstießen, in den Besitz von Staatseigentum im Wert vieler Milliarden Dollar gekommen

sind. Heute sichert der Staat unter Nutzung legaler Marktmechanismen seine Interessen.“ Und, so Putin weiter, er erachte dies als vollkommen normal.

In der Tat sollte man nicht vergessen, wie Chodorkowski an Jukos gekommen ist und innerhalb kürzester Zeit zum reichsten Menschen Rußlands und einem der reichsten Menschen der Welt wurde. Zu Preisen weit unter Wert und unter teils kriminellen Umständen wurde das Volkseigentum verschleudert. Jedes privatisierte Unternehmen schien doch für Gaidar, Tschubais und wie die damaligen Radikalreformer alle hießen den gewünschten Systemwandel ein wenig unumkehrbarer zu machen. Diese Raubritterprivatisierung unter Jelzin brachte einen Großteil der strategisch wichtigen Rohstoffe und vor allem die Öl- und Gasressourcen, in private Hände. Und auch wenn Putin auf der Pressekonferenz nicht explizit daran erinnerte: Jukos wollte sich immer stärker zu einem Unternehmen mit ausländischer Beteiligung entwickeln. So war der Verkauf eines beachtlichen Aktienpakets an den US-Ölkonzern Exxon geplant. Kann es sich aber ein von Erdöl- und Erdgasdollar abhängiger Staat wie Rußland wirklich leisten, daß strategische Industriebereiche immer stärker von Ausländern dominiert werden?

Natürlich wird abzuwarten sei, wie es mit den US-Urteilen weitergehen wird. Es sind ja gerade die Jukos-Manager mit US-Pässen, die Klage eingereicht haben und nun erwägen, den Fall an ein internationales Schiedsgericht weiterleiten zu lassen. Präsident Putin betonte, daß der Verkauf von Juganskneftegas entsprechend der russischen Gesetzgebung erfolgte. Warum die Jukos-Angelegenheit außerhalb Rußlands gerichtlich entschieden

werden soll, bleibt schwer zu begründen. Schließlich verfolgt Jukos keine wirtschaftlichen Aktivitäten in den USA, die Aktiva, vor allem die Ressourcen, befinden sich auf russischem Territorium. Chodorkowski wird angeklagt, Steuern in Milliardenhöhe hinterzogen zu haben. Entsprechend ist das Vermögen im Sommer beschlagnahmt worden und wurde das Verfahren zur Eintreibung der Steuerrückstände eingeleitet. Der Verkauf von Juganskneftegas hat einen Teil der Steuerschulden in Höhe von 21 Milliarden Dollar beglichen. Nun wie auch immer: Jukos-Sprecher Schadrin erklärte, man werde das Ergebnis der Versteigerung und die Besitzrechte des Erwerbers weiter anfechten.

Interessanter wird sein, wie sich nun die geplante Fusion von Gasprom und Rosneft entwickeln wird. Auf der einen Seite zeichnet sich damit die Schaffung einer mächtigen staatlichen Erdöl- und Erdgasgesellschaft ab, die den Öl- und Gaskomplex wieder zusammenbringt. Nicht alle Ende der Perestroika und Anfang der 90er Jahre getroffenen Entscheidungen haben sich als sinnvoll herausgestellt. Unklug war es, den ehemals einheitlichen Öl- und Gaskomplex, dessen Stärke gerade auch das gemeinsame Vorgehen an die Erkundung und die Erschließung von Lagerstätten war, in zwei eigenständige Segmente aufzugliedern. LUKoil macht es in gewissem Maße vor, denn in seinem Programm zur strategischen Entwicklung bis zum Jahre 2013 ist vorgesehen, den Erdgasanteil an der fossilen Rohstoffgewinnung auf 23,3 Prozent zu steigern. Man besinnt sich, die erschlossenen und erkundeten Ölvorräte in Rußland sind begrenzt, der Neuerschließung von Vorkom-

men wurde in den letzten Jahren viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, zur Diversifizierung der Geschäfte ist man nun auch um die Gasförderung bemüht.

Gasprom und Rosneft werden als staatliches beziehungsweise halbstaatliches Unternehmen ebenfalls ein starkes Signal geben, wenn die Fusion denn noch zustande kommt. Zwar erklärte der Minister für Industrie und Energiewirtschaft Viktor Christenko noch am 24. Dezember, daß sich am geplanten Ablauf der Fusion nichts ändern werde. Doch Fakt bleibt, daß Rosneft durch die Juganskneftegas-Einverleibung kräftig im Wert gestiegen ist, so daß auch über den Preis neu verhandelt werden muß. Der Staat hat an Gasprom nur einen Anteil von 38,37 Prozent, und ausländische Anteilseigner wie Eon gibt es auch noch im Boot. Man wird sehen, ob Gasprom Rosneft tatsächlich schlucken kann oder doch nur ein Kontrollaktienpaket erhalten wird. Die Gasprom beratende Investitionsbank Dresdner Kleinwort Wasserstein hatte das Fusionsdatum Ende Januar als zu optimistisch bezeichnet und selbst ein Nichtzustandekommen der Fusion nicht ausgeschlossen, sollten sich die juristischen Risiken als zu hoch erweisen. Doch bleibt die Fusion vorerst offen.

Putin hat stets die staatlichen Interessen betont, die das Vorgehen des Staates gegen Jukos motiviert hätten. Es verbietet sich, im Vorgehen des Kreml bei der Juganskneftegas-Versteigerung eine Renationalisierung des Privateigentums zu vermuten. Ob man andererseits mit den undurchsichtigen Praktiken und dem ewigen Vorwurf im Rücken, daß nur ein einziger der „großen Wirtschaftsakteure“ im Visier der Behörden ist, seinen Wunsch, die staatlichen Interessen im Energiebereich auszuweiten, umsetzen kann, bleibt abzuwarten.

Sergej Barbajew, Journalist, Moskau

Rußland und China führen 2005 gemeinsame Militärmanöver durch

Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow erklärte Mitte Dezember in Peking, daß Rußland und die Volksrepublik China im Jahre 2005 erstmals gemeinsame Militärmanöver durchführen werden. Er machte aber keine Angaben zu Umfang, Termin und Charakter der Übungen. Die Gespräche mit der chinesischen Führung hätten praktisch alle Aspekte der russisch-chinesischen Beziehungen im Militärbereich abgedeckt, so Iwanow. Zudem seien die Sicherheit in der Asiatisch-Pazifischen Region, der Kampf gegen den Terrorismus und die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen erörtert worden.

Schoigu legt Ministeriumsbericht vor

Der russische Minister für Katastrophenschutz und Notstandssituationen Sergej Schoigu legte Mitte Dezember einen Bericht seines Ministeriums vor. Insgesamt seien 2004 rund 16 000 Notstände verzeichnet worden, davon hatten 951 einen technischen, natürlichen oder biologisch-sozialen Hintergrund und kosteten 2 077 Menschen das Leben, während 22 000 Menschen verletzt wurden. Alarmierend sei die Zahl der Brände in den ersten elf Monaten des Jahres, bei denen 15 781 Menschen starben. Registriert wurden 207 569 Brände, von denen sich viele ausbreiten konnten, da mehr als ein Drittel der russischen Dörfer nicht mehr über eine Feuerwehr oder eine Brandlöschausstattung verfüge. Schoigu gab bekannt, daß der Haushalt seinen Ministeriums für 2005 um 22 Prozent aufgestockt worden sei.

Gedenken an Stalin zu dessen

125. Geburtstag am 21. Dezember

Der Vorsitzende der russischen Staatsduma und Vorsitzende der Partei „Jedinaja Rossija“ Boris Gyslow erklärte zum 125. Geburtstag von Josef Stalin am 21. Dezember 2004, daß dieser eine herausragende Persönlichkeit war, wenngleich die Auswüchse, die er innenpolitisch zugelassen habe, ihn nicht in einem guten Licht zeigten. Er fügte hinzu, daß nichts die persönliche Schuld Stalins an den gegen Millionen Bürger gerichtete Repressionen mindern könne. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Gennadi Sjuganow gedachte am Grab Stalins des Politikers. Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Meinungsforschungszentrums des Soziologen Juri Lewada hat sich die Haltung der russischen Bevölkerung in bezug auf Stalin in den letzten fünf Jahren nur wenig verändert. 31 Prozent der insgesamt 1 600 Befragten betrachten Stalin als grausamen und unmenschlichen Tyrannen, der den Tod Millionen unschuldiger Menschen auf dem Gewissen hat. 21 Prozent sehen in ihm einen weisen Führer, der die Sowjetunion groß gemacht hat, und sechzehn Prozent sind überzeugt, daß nur ein so strenger Führer die Ordnung in dieser hi-

storischen Periode voller Herausforderungen aufrechterhalten konnte.

Abschied von der Vergangenheit – die neuen arbeitsfreien Feiertage in Rußland

Nachdem die Staatsduma das Gesetz über Änderungen an Paragraph 112 des Arbeitsgesetzbuches der Russischen Föderation in dritter Lesung verabschiedet hatte, stimmte am 27. Dezember auch der Föderationsrat dem Gesetz über die Neuordnung der Feiertage zu. Künftig gibt es folgende Feiertage: 1. bis 5. Januar Neujahrsferien, 7. Januar orthodoxe Weihnacht, 23. Februar Tag der Verteidiger des Vaterlandes, 8. März Internationaler Frauentag, 1. Mai Tag des Frühlings und der Arbeit, 9. Mai Tag des Sieges über den Faschismus, 12. Juni Tag Rußlands und 4. November Tag der Einheit des Volkes. Abgeschafft wurden der 2. Mai, als zweiter freier Tag der Tag der Arbeit, der Tag der Oktoberrevolution am 7. November und der Tag der Verfassung am 12. Dezember. Das Gesetz tritt mit Unterzeichnung durch den Präsidenten in Kraft.

Ramsan Kadyrow erhielt höchste russische Auszeichnung

Rußlands Präsident Putin hat Ramsan Kadyrow, den Sohn des ermordeten Achmed Kadyrow, den Titel „Held der Russischen Föderation“ verliehen. Die Auszeichnung wurde nach Angaben des präsidentialen Pressedienstes „für Tapferkeit und Heldennut bei der Erfüllung der Amtspflicht“ verliehen. Nach der Wahl Achmed Kadyrows zum Präsidenten leitete sein Sohn den tschetschenischen Sicherheitsdienst. Nach der Ermordung seines Vaters wurde Kadyrow am 10. Mai 2004 zum Vizepremier der Tschetschenischen Republik ernannt. Seit Oktober 2004 ist er Berater von Dmitri Kosak, des Bevollmächtigten des russischen Präsidenten im Südlichen Föderalen Bezirk. In seine Zuständigkeit gehört das Zusammenwirken mit den Militär-, Rechtsschutz- und Sicherheitsstrukturen des Distrikts. Die von Kadyrow geführten Milizen sind in der Bevölkerung Tschetscheniens besonders gefürchtet.

Armenische Nationalversammlung nimmt den Haushalt 2005 an

Die Nationalversammlung der Republik Armenien hat mit 103 gegen sieben Stimmen den Haushalt für das Jahr 2005 beschlossen. Im Haushalt sind Einnahmen von 345,3 Milliarden Dram (rund 172 Millionen Dollar) eingeplant, fünf Prozent mehr als im Haushaltsentwurf vorgesehen waren. Die Ausgaben wurden auf 394,6 Milliarden Dram festgesetzt. Ein Großteil der öffentlichen Ausgaben wird in die soziale Sicherheit der Bevölkerung, das Gesundheitswesen und den Bildungssektor fließen. Einen großen Anteil am Haushalt hat der Verteidigungsetat, für den 61,3 Milliarden Dram bereitgestellt werden.

Weg aus dem Machtvakuum in Abchasien unter russischer Vermittlung

Die Lösung für einen Ausweg aus der „abchasischen Krise“, die nach der Präsidentschaftswahl vom 3. Oktober zu einem Machtvakuum in der international nicht anerkannten, sich selbst jedoch als unabhängig verstehenden Republik Abchasien führte, kam unter Vermittlung des Kreml zustande. Nun also findet am 12. Januar eine Wiederholung der Präsidentschaftswahl statt, so sieht es das am 15. Dezember vom abchasischen Parlament angenommene Gesetz „Über die Präsidentschaftswahl“ vor. Und die Rivalen Raul Chadschimba und Sergej Bagaptsch werden als gemeinsame Mannschaft – eine Wahl sozusagen – antreten. Bagaptsch als Präsidentschaftsanwärter, Chadschimba als sein Stellvertreter.

Kritisch hatte sich die Situation entwickelt, nachdem Sergej Bagaptsch schon am 6. Dezember in das Präsidentenamt eingeführt werden wollte, obwohl sein stärkster Mitbewerber Raul Chadschimba die von der Zentralen Wahlkommission am 11. Oktober verkündeten Ergebnisse, die Bagaptsch, den Direktor von Tschernomorenergo, mit 50,08 Prozent zum Sieger der Wahl erklärte, nicht anerkannt hatte. Als Präsident Wladislaw Ardsinba am 29. Oktober ver-

kündete, daß eine Wiederholung der Wahl stattfinden solle, berief Bagaptsch eine inoffizielle „Gesamtnationale Versammlung“ ein, die seinen Sieg bestätigen sollte. Ohne Zweifel war diese Versammlung einseitig besetzt und besaß keinerlei legale Befugnisse, den Präsidenten zu bestätigen. Aber ausgehend von dieser Versammlung wurde am 12. November ein Marsch auf den Sitz der Regierung, des Präsidenten und auf das Parlament organisiert, der mit gewaltsamen Auseinandersetzungen und der zeitweiligen Besetzung der Gebäude endete. Es gab Verletzte, und die Menschenrechtlerin und Wissenschaftlerin Tamara Schakryl erlag ihren Verletzungen. Ardsinba, der sich ebenso wie der russische Präsident Putin früh auf einen Präsidenten Chadschimba als seinen Nachfolger festgelegt hatte, verurteilte die Zuspitzung der Situation, die die Zukunft eines unabhängigen Abchasiens aufs Spiel setzte und gegen ihn als Präsidenten sowie gegen Premierminister Nodar Chaschba gerichtet sei. Chaschba bezeichnete die Besetzung als Massenunruhen.

Am 15. November erklärten sich acht Parteien zur Teilnahme an einem Antikrisenrat bereit, unter ihnen befanden sich

die regierungstreue Partei „Apsni“, die Volkspartei und die vom früheren Außenminister und Präsidentschaftskandidaten Sergej Schamba gegründete Sozialdemokratische Partei, die angeblich bereits 6000 Mitglieder zu haben. Und nur einen Tag später richtete dieser Rat einen Appell an die rivalisierenden Kandidaten, in einen Dialog zu treten. Ferner wurde beschlossen, ein Komitee einzurichten, daß die Kontrolle über die Berichterstattung des nationalen Fernsehens übernehmen sollte und daß alle bewaffneten Kräfte von Regierungsgebäuden abgezogen werden müssen. Ersichtlich war man allein darum bemüht, die Gefahr einer Eskalation der Gewalt zwischen den politischen Gruppierungen zu minimieren.

Zugleich rüsteten die Bagaptsch-Anhänger verbal auf: die Gewerkschaftsföderation und die drei Sergej Bagaptsch unterstützenden Parteien veröffentlichten eine Erklärung, in der sie die Anwürfe Ardsinbas, daß Bagaptsch einen Staatsstreich plane, zurückwies. Sie wandten sich zudem in einer offenen Erklärung an die russische Präsidentschaftsverwaltung und beide Kammern der russischen Föderalversammlung, in der sie Kritik an der Berichterstattung in den russischen Medien und den Wertungen einzelner Politiker, die die Lage in Abchasien falsch einschätzten, übten. Die Abchasen betrachteten Rußland als wahrhaftigen Freund und Garanten ihrer Sicherheit, wurde in der Erklärung betont. Chaschba, ehemaliger Mitarbeiter des russischen Katastrophenministeriums, warfen sie vor, am 12. November im Kreml um eine Truppenentsendung gebeten zu haben. Was dieser mit den Worten zurückwies, daß er, auch wenn er die Haltung Moskaus in diesem Konflikt teile, in erster Linie ein proabchasischer Politiker sei.

Noch unübersichtlicher wurde die Situation, als Mitarbeiter des abchasischen Innenministeriums am 17. November erklärten, den Anordnungen von Premierminister Chaschba nicht mehr Folge leisten zu wollen. Auch forderten sie die Entwaffnung der neuen Polizei- und Sicherheitskräfte, die Chadschimba unterstützten. Der stellvertretende Präsident Valeri Arschba räumte daraufhin seinen Posten.

Nichts schien mehr zu gehen. Der Kreml ließ über den stellvertretenden Außenminister Alexander Jakowenko erklären, Rußland werde seine Interessen und die seiner Bürger im Ausland schützen. Die Mehrheit der Abchasen besitzt schließlich einen russischen Paß. Tatsächlich jedoch sollte dies wohl als Aufforderung an die Rivalen um das Präsidentenamt verstanden werden, sich um die Überbrückung ihrer Differenzen zu bemühen. Eine Intervention in Abchasien kann sich der Kreml kaum leisten, würde dies die fragilen Beziehungen zu Georgien und die exzellenten Beziehungen zur EU und zu den USA massiv stören. Zumal Präsident Putin wiederholt erklärt hatte, die territoriale Integrität Georgiens anzuerkennen.

Der Ältestenrat Abchasiens erkannte dann den Wahlsieg Bagaptschs am 23. November an, das Parlament bestätigte nach der Zentralen Wahlkommission und dem Obersten Verfassungsgericht am 26. November ebenfalls die Gültigkeit der Wahl und den Wahlsieger. Doch die Lager blieben unveröhnlich.

Ardsinba hatte gegen die Verfassung verstoßen, als er die Zentrale Wahlkommission am 29. Oktober anwies, Neuwahlen anzusetzen, ein Recht, das allein in die Befugnisse der Legislative fällt. Bagaptsch hatte mit der Einberufung der

Arbeiten am Bau der iranisch-armenischen Gaspipeline wurden aufgenommen

Mit dem Bau der Erdgaspipeline von Iran nach Armenien wurde Ende November in Südarmenien begonnen. Das Abkommen über den Pipelinebau zwischen beiden Ländern war im Mai 2004 unterzeichnet worden. Die Kosten für den 41 Kilometer langen armenischen Abschnitt werden auf 210 bis 220 Millionen Dollar veranschlagt. Zur Zeremonie zum Baubeginn kamen der iranische Energieminister Habibullah Bitaraf, der armenische Premierminister Andranik Markarian und der armenische Energieminister Armen Mowsissioan. Markarian und Bitaraf nahmen am 30. November zudem an der Einweihung einer Hochspannungsleitung zwischen beiden Ländern teil, die ermöglichen wird, das Volumen der gegenseitigen Energielieferungen entsprechend der saisonalen Bedingungen zu verdoppeln.

„Gesamtnationalen Versammlung“, die ihn im Präsidentenamt bestätigen sollte, den gesetzlichen Rahmen überschritten. Und Chadschimba - unterstützt vom Kreml - schlug zur Lösung vor, daß Bagapsch und er sich bei der von Ardsinba angesetzten Neuwahl nicht zur Wahl stellen sollten.

Erstaunlicherweise gelang es den russischen Vermittlern, die festgefahrene Situation zu lösen. Als Mediatoren für Gespräche zwischen Bagapsch und Chadschimba reisten der Erste stellvertretende Generalstaatsanwalt Wladimir Kolesnikow und der stellvertretende Dumasvorsitzende Sergej Baburin an. Und im Zuge der Vermittlungsgespräche am 4. und 5. Dezember unterzeichneten Bagapsch und Chadschimba eine Übereinkunft, daß sie gemeinsam bei der Wahl antreten wollen. Bagapsch als Präsidentschaftskandidat und Chadschimba als sein Stellvertreter. Nach der abchasischen Verfassung wird auch der Vizepräsident gewählt. Vielleicht ist die Übereinkunft nicht ganz so erstaunlich, wenn man bedenkt, daß Rußland den kleinen Grenzverkehr zwischen Abchasien und Rußland stark begrenzt hatte - ein mächtiges Druckmittel. Der Verkauf von Agrarprodukten auf den russischen Märkten ist für viele Abchasen die einzige Einnahmequelle. Die russischen Vermittler bauten starke regulative Elemente in die Übereinkunft ein, bevor die Grenze wieder geöffnet wurde. Im Falle, daß Chadschimba die Übereinkunft verletzt, darf Bagapsch, gestützt auf seine Anhänger, in der Durchsetzung seiner Amtseinführung fortfahren, sollte Bagapsch die Übereinkunft verletzen, hat der scheidende Präsident Ardsinba das Recht, die Situation zu entscheiden. Fraglos wird es dann eine Entscheidung für Chadschimba sein.

Während Kolesnikow das Ergebnis begrüßte, da die Krise nun überwunden sei und keine äußeren Kräfte die Abchasen an der freien Willensbekundung hindern könnten, gab

sich Baburin weniger überzeugt, da immer noch genügend Kräfte ein starkes Interesse an der Destabilisierung Abchasiens hätten.

Der Übereinkunft folgte zunächst die Berufung von vier neuen Mitgliedern für die 15köpfige Zentrale Wahlkommission durch Präsident Ardsinba. Neuer Kommissionsvorsitzender wurde der ehemalige Justizminister Balat Tabagua. Am 13. Dezember nahm das Parlament das Verfassungsgesetz „Über die Präsidentschaftswahl in der Republik Abchasien entsprechend der Übereinkunft über Maßnahmen zum Erhalt der nationalen Eintracht vom 6. Dezember 2004“ an, nach dem die Kandidaten bis zum 25. Dezember aufgestellt, bis zum 29. Dezember über die Registrierung entschieden und spätestens am 12. Januar die Wahl durchgeführt werden sollte. Gültig sollte die Wahl sein, wenn 25 Prozent der registrierten Wähler ihre Stimme abgeben. Stellen sich mehrere Kandidaten zur Wahl, wird derjenige Sieger, der die meisten Stimmen auf sich vereint, gibt es nur einen Kandidaten, muß er mindestens fünfzig Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Nach einem Einspruch von Präsident Ardsinba wurde am 15. Dezember eine überarbeitete Fassung angenommen, in dem der Zusatz „Übereinkunft über Maßnahmen zum Erhalt der nationalen Eintracht“ gestrichen wurde und die Wahlbeteiligung auf fünfzig Prozent der registrierten Wähler heraufgesetzt wurde. Die Wahl wurde nach Entscheidung des Parlaments auf den 12. Januar festgesetzt.

Was bedeutet dies nun? Der Zusammenschluß von Bagapsch und Chadschimba ist eine Lösung im Sinne des Kreml. Keiner von beiden vertritt auch nur in Ansätzen eine Haltung, die auf eine Wiederangliederung Abchasiens an Georgien ausgerichtet ist. In der Kombination werden sie die Mehrheit der Wähler auf sich vereinen, wenn diese nach den Ausein-

Regierungsumbildung in Georgien

Zur Ruhe kommt die Kaukasusrepublik Georgien auch unter dem im Januar 2004 gewählten Präsidenten Michail Saakaschwili nicht. Bereits zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres wurde die Regierung umgebildet. Dabei war man doch mit einer politisch unbelasteten, ungewöhnlich jungen Mannschaft angetreten, die vor allem im Ausland ausgebildet worden war; ein geeintes, an einem Strick ziehendes Team von Gleichgesinnten, wie es Premierminister Surab Schwania nannte. Im Zuge der Krise um Adscharien, Abchasien und Südossetien waren Anfang Juni bereits die Kraftministerien umbesetzt worden: das Verteidigungs-, das Sicherheits- und das Innenministerium. Der damalige Innenminister Giorgi Baramidse wurde zum Verteidigungsminister berufen. Er löste Gela Beschwaschwili ab, der zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt wurde. Generalstaatsanwalt Irakli Okruaschwili trat an die Stelle Baramidses und leitete dann das Innenministerium. Der Minister für Staatssicherheit Surab Adeischwili wechselte in die Generalstaatsanwaltschaft, und der frühere Sekretär des Sicherheitsrates Wano Merabischwili ins Amt des Ministers für Staatssicherheit. Für viele Beobachter ist die neuerliche Umbildung vom 14. Dezember ein in sich logisches „Bäumchen-Bäumchen-wechsel-dich“-Spiel. Am umstrittensten ist die Berufung des als Hardliner geltenden Irakli Okruaschwili zum Verteidigungsminister, was in Südossetien und Abchasien bereits negative Reaktionen auslöste. Beide nach Unabhängigkeit strebenden, nach internationalem Recht zu Georgien gehörenden Regionen äußerten die Befürchtung, daß es erneut zu militärischen Auseinandersetzungen kommen werde. Die „Abschiebung“ Baramidses auf den Posten des Koordinators im Range eines stellvertretenden Ministerpräsidenten für die Beziehungen zu den europäischen Strukturen mag eine kluge Entscheidung Richtung Europa sein, bleibt aber negativ für die innere Entwicklung des Landes. Die Schaffung des Ministeriums für Inneres und Öffentliche Ordnung, die die Strukturen des Innenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit vereint, wird Wano Merabischwili übernehmen - eine bedenkliche Zusammenlegung. Wirtschaftsminister Kacha Bendukidse, ein aus Rußland abgeworbener Unternehmer, wird nun für die Durchführung der Wirtschaftsreformen insgesamt verantwortlich zeichnen, zum Wirtschaftsminister wurde sein Stellvertreter Alexej Alexischwili berufen.

Tamar Nikuladse, Journalistin, Tbilissi

andensetzungen nicht prinzipiell „wahlmüde“ sind. Fraglich ist, ob sich überhaupt ein anderer Kandidat zur Wahl stellen wird. Zumindest der bei der Wahl im Oktober mit neun Prozent drittplatzierte Sergej Schamba hat über eine Kandidatur noch nicht entschieden.

Entgegen allen düsteren Szenarien hat Abchasien die innenpolitische Krise, die leicht zu einer Spaltung der Gesellschaft hätte führen können, überwunden. Es gab kein weiteres Blutvergießen und das Einfallstor für aggressive nationalistische Kräfte Georgiens wurde nicht geöffnet. Damit

ist der abchasisch-georgische Konflikt der Lösung natürlich keinen Schritt näher. Andererseits wie ließe sich angesichts der aggressiven Politik Georgiens eine einvernehmliche Lösung erzielen. Die Umbildung in der georgischen Regierung, nach der nun der als Hardliner geltende frühere Innenminister Irakli Okruaschwili das Verteidigungsministerium führt, läßt befürchten, daß mittelfristig die von den Abchasen nicht gewollte Wiedereingliederung durch gewaltsame Mittel erzwungen werden soll.

Tamar Nikuladse,
Journalistin, Tbilissi

»Der einfache Milizionär ist im tiefsten Inneren unzufrieden«

Über die Islamfeindlichkeit in der russischen Presse

Übergrieffe auf und Diskriminierungen von Kaukasierern sind in Rußland bereits seit einigen Jahren zu beobachten, nun scheint sich das Mißtrauen gegen Menschen moslemischen Glaubens an sich zu richten. Ein Blick in russische Presseerzeugnisse zeigt, daß in Teilen von einer antiislamischen Hetzkampagne gesprochen werden kann.

„Ich bezweifle, daß ein moslemischer Mann mir Kaffee ans Bett bringen würde. Wenn ich damit falsch liege, beweisen Sie mir das Gegenteil. Ansonsten habe ich nichts gegen den Islam an sich“, so schreibt Julia Rudnewa aus Tula in der „Komsomolskaja Prawda“ vom 29. September 2004.

Da ich nicht einschlafen konnte, schlug ich die Zeitung „Argumenty i Fakty“ auf, die ich sonst nicht unbedingt lese, da aber das Presseangebot im Flugzeug begrenzt war, blieb mir nichts anderes übrig. Beim Durchblättern fiel mein Blick auf die Rubrik „Leserbriefe“.

Außenverschuldung

Rußlands weiter gesenkt

Die Außenschulden der Russischen Föderation verringerten sich in den ersten neun Monaten 2004 um 5,7 Prozent auf 91,7 Milliarden Euro. Dies teilte das Finanzministerium am 29. Dezember 2004 mit. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Ländern des Pariser Clubs gingen von 47,7 Milliarden auf 44,4 Milliarden Dollar zurück. Die kommerziellen Verbindlichkeiten sanken von 3,8 Milliarden auf 2,9 Milliarden Dollar. Die Schulden gegenüber internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurden von 12,1 Milliarden auf 9,8 Milliarden Dollar reduziert.

Wenn ich etwas an Zeitungen hasse, dann diese Rubrik. Lange genug habe ich bei unterschiedlichen Zeitungen in verantwortungsvollen Positionen gearbeitet. Ich weiß sehr genau, wer diese „Briefschreiber“ tatsächlich sind.

Was schrieben sie also, diese halbmythischen Leser? Sehr wahrscheinlich über ihre Gemüsegärten, über Pilze, darüber, daß Lebensmittel schon wieder teurer geworden sind, jedenfalls hätte man selbiges aus dem Inhalt der Ausgabe schlußfolgern können. Weit gefehlt! Die erste Zuschrift war getitelt mit: „Einsatz auf dem Kiewer Bahnhof“. Nichts Gutes ahnend und gegen jeden gesunden Menschenverstand widmete ich mich also doch dem Leserbrief.

Aufgeregt und sehr zornig schüttete der Absender der Redaktion seiner Lieblingszeitung sein Herz darüber aus, wie die bösen Milizionäre auf dem Kiewer Bahnhof in Moskau alte Frauen verjagten, die sich mit dem Verkauf von Blumen ein Zubrot verdienen. Na bitte, dachte ich, es gibt sie noch, die Wahrheitsliebenden und Aufrechten in Rußland. Schauer liefen mir aber über den Rücken, als ich, während sich das Flugzeug durch Turbulenzen kämpfte, weiter las: „Ein aufgebrachter einfacher Milizionär riß einer alten Frau das Kleid bis zum Bauchnabel runter. Mein Sohn, der in die zweite Klasse geht, hielt sich erschrocken die Hände vors Gesicht und schrie: ‚Papa! Sind das Diebinnen? Haben die Omas die Blumen geklaut?‘“

Dann passierte etwas noch viel Schlimmeres, jedenfalls empfand es der aufrechte „Leser“ so: „Kurz danach erschien der oberste Chef, ein großgewachsener, grauhaariger Milizoffizier, neben ihm trippelte ein wichtigtuertischer Kaukasier. Ein einfacher Milizionär,

im tiefsten Inneren unzufrieden mit dem, was da ablief, erzählte mir, die Kaukasier, die auf dem angrenzenden Markt Handel trieben, hätten mit dem zuständigen Milizchef eine Abmachung darüber getroffen, daß die Miliz alles, was nach Konkurrenz aussieht, vertreiben soll.“

Aha, so ist das! Jetzt weiß man, in wessen Auftrag der einfache Milizionär der Oma das Kleid herunterriß (dem wahrheitsliebenden Leser kann man nur raten, den Milizionär wegen Verführung seines kleinen Sohnes anzuzeigen). An allem trug also der „wichtigtuertisch trippelnde Kaukasier“ die Schuld. Dem „Leser“ ging es offenkundig weniger um das zerfetzte Kleid der Babuschka, als vielmehr darum, daß dies - vermeintlich - auf Betreiben des trippelnden Kaukasiers geschah.

Der Leser dieses grell untermalten Seelenaufschreis kann nur eine Schlußfolgerung ziehen: Für uns Russen ist der einfache Milizionär, der in seiner einfältigen Seele unzufrieden ist mit dem, was geschieht, die einzige Hoffnung. Gäbe es mehr von diesen einfachen Milizionären, herrschte Ordnung im Land.

An solche unzufriedenen „einfachen Milizionäre“ richten leider die meisten einheimischen Massenmedien ihre Artikel und Reportagen. An sie wenden sich in ihren Predigten solche Eiferer wie der bekannte orthodoxe Diakon Andrej Kurajew, seines Zeichens ebenfalls Publizist.

Es ist kein Geheimnis, daß es in der Hierarchie der Russischen Orthodoxen Kirche eine Menge Leute gibt, die ein - sagen wir - intolerantes Verhältnis zu Vertretern anderer Konfessionen haben. Kritisierte die Kirche Anfang der 90er Jahre als gottlos vor allem die Protestanten, die massenhaft aus

dem Westen einreisten und das Neue Testament verschenkten (von den eigenen Orthodoxen kann man so etwas ja nicht erwarten), so richtet sich ihr Zorn heute gegen fast alle: Katholiken, Moslems, auch gegen Krishna-Anhänger. Ausgenommen sind Juden und Buddhisten. Letztere aus dem Grund, weil sie still in ihren Gebets-tempeln hocken und andere in Ruhe lassen. Die Juden, weil sie in den vielen Jahren des Antisemitismus ein System adäquater Gegenmaßnahmen auf jede Art von Judenfeindlichkeit geschaffen haben.

Die Moslems in Rußland sagen sarkastisch, die Juden sollten ihnen eigentlich dankbar sein, ziehen doch jetzt sie die Schläge auf sich, die sonst die Juden abbekommen würden. Spaß hin, Spaß her, in jedem Scherz steckt bekanntlich ein Körnchen Wahrheit. Anfang des vorigen Jahrhunderts war in Rußland schwerlich ein orthodoxer Geistlicher zu finden, der sich nicht über die „verdammten Juden“ ausließ. Jetzt scheint das Pendel in Richtung Moslems auszuschlagen. Und die erste Geige spielt hier Diakon Andrej Kurajew, der am 15. September in der „Iswestija“ einen Artikel unter der Überschrift „Unsere Haltung zum Islam nach Beslan“ veröffentlichte. Der Beitrag beginnt mit einem Zitat:

„Unter den in der Schule von Beslan festgehaltenen Kindern war auch der 13jährige Sascha Pogrebow. ‚Sie (die Terroristen - Anm. des Verfassers) quälten uns seit dem frühen Morgen. Wir saßen alle ausgezogen da, und ein Terrorist sah ein Kreuz an meiner Halskette‘, erzählt der Junge. Zu diesem Zeitpunkt hörte man unter den Schulfenstern schon die ersten Einschläge. Mit dem Gewehrkolben wurde dem Jungen das Kreuz in den hageren Körper gedrückt und ihm befohlen:

„Bete, du Ungläubiger!“ Sascha rief: „Christus ist auferstanden!“ In diesem Moment warfen die Terroristen Granaten in die völlig überfüllte Turnhalle. Sascha begriff, daß er nichts mehr zu verlieren hatte, brüllte irgendetwas hinein in die Detonationen und das Geschrei – was, daran erinnert er sich nicht mehr – und sprang aus dem offenen Fenster. Hunderte anderer Kinder folgten ihm. So jedenfalls gab die Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ am 6. September seine Schilderung wieder. Doch auch ohne diese Episode wäre das Geschehen in Beslan nicht einfach ein Verbrechen, sondern ein religiöses Verbrechen gewesen, ein ritueller Mord. Ein Kindermord, mit Gebeten und im Namen des Glaubens der Terroristen begangen. Mit dem Ruf „Allah akbar, Allah ist groß!“ bringen die Terroristen Menschen um, opfern sie Menschen ihrer religiösen Idee.“

Nicht schlecht für den Anfang, nicht wahr? Wer in Rußland hat sich eigentlich noch nicht auf Kosten der Tragödie in der ossetischen Kleinstadt exponiert?! Offenbar sind jetzt die orthodoxen Geistlichen an der Reihe.

Auf die Idee, den Terrorakt in Beslan als Angriff der Moslems gegen die Christen auszuschlachten, auf so eine Frechheit, wären wohl nicht einmal die Anstifter des Reichstagsbrands gekommen. Die Verfasser des oben zitierten Beitrags Alexander Kotz und Dmitri Steschin nahmen ebenso wenig wie Kurajew auch nur den geringsten Anstoß daran, daß die meisten Kinder in Beslan Moslems waren. Im weiteren kommt der Diakon mit folgender Bemerkung darauf zu sprechen: „Dennoch muß unterstrichen werden, daß nicht alle Moslems Terroristen sind. Das dürfen wir nicht vergessen.“ (Diese Zeilen ließ Kurajew fett drucken).

Bei der Erwähnung von Ritualmorden fällt einem unwillkürlich eines der schändlichsten Ereignisse in der Geschich-

Regionales VN-Zentrum für Prävention in Zentralasien nach Aschchabad?

Ende Dezember wandte sich der Präsident Kasachstans Nursultan Nasarbajew mit dem Vorschlag an seinen turkmenischen Amtskollegen Saparmurat Nijasow, das regionale VN-Zentrum für Prävention in Zentralasien in der turkmenischen Hauptstadt Achschabad anzusiedeln. Denn „eben in der Hauptstadt Ihres friedliebenden Landes können günstige Bedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit des Zentrums geschaffen werden, dessen Ziel darin besteht, zur Verwandlung Zentralasiens in eine Zone der nachhaltigen Entwicklung auf der Grundlage der konfliktlosen Koexistenz der dort lebenden Völker beizutragen“, hieß es in dem in der turkmenischen Presse veröffentlichten Schreiben des kasachstanischen Präsidenten. Nasarbajew begründete seinen Vorschlag, der seiner Meinung nach von allen Staaten Zentralasiens unterstützt wird, mit der wichtigen geostrategischen Lage Turkmenistans sowie mit dessen „konsequenter Politik der Neutralität und der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarländern“. Der turkmenische Präsident hatte bereits zuvor in einem Beitrag in der Zeitschrift „VN-Chronik“ Achschabad als idealen Ort für die Errichtung des Zentrums bezeichnet und erklärt, daß „Turkmenistan bereit ist, einen vollen Beitrag zu dessen Unterbringung in der Hauptstadt unseres neutralen Staates zu leisten.“ Die Idee der Gründung des Zentrums war im Verlauf des Kasachstan-Besuches von VN-Generalsekretär Kofi Annan im Jahre 2002 entstanden. Mittlerweile wurde eine Konzeption zur Tätigkeit des Zentrums erarbeitet, und alle organisatorischen Fragen, die mit seiner Eröffnung zusammenhängen, sind praktisch gelöst.

Kasachstans Getreideausfuhr 2004 bei 4,5 Millionen Tonnen

2004 wird Kasachstans Getreideausfuhr nach Angaben von Landwirtschaftsminister Serik Umbetow 4,5 Millionen Tonnen erreichen. Wie er mitteilte, betrug die Reste der Getreideernte vom Vorjahr drei Millionen Tonnen, in

diesem Jahr wurden 13,9 Millionen Tonnen Getreide Brutto geerntet. Dabei machte der Binnenverbrauch für die Brotherstellung rund drei Millionen Tonnen aus, weitere drei Millionen Tonnen wurden als Futter und zwei Millionen Tonnen als Saatgut verwendet. Der Minister erklärte, daß die Republik 2004 in über dreißig Länder der Welt Getreide exportiert habe. „Die größten Getreidemengen gingen nach Aserbaidschan, Rußland, Iran und in viele andere Länder“, sagte Umbetow.

Sonntagsfrage in Rußland

Hätten am 26. Dezember 2004 in Rußland Parlamentswahlen stattgefunden, hätten die in der Duma vertretenen Parteien ihre Sitze behalten und der Bund Rechter Kräfte (SPS) sowie Jabloko den Sprung in die Duma erneut nicht geschafft. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM. Bei der Umfrage hatten sich 31 Prozent der Befragten auf die Frage „Für wen würden Sie heute stimmen?“ für „Einheitliches Rußland“ entschieden. Die KPdRF, die LDPR und „Rodina“ bekamen jeweils sieben Prozent. Damit hätten alle derzeit in der Duma vertretenen Parteien den Sprung über die Sieben-Prozent-Hürde, die erstmals bei der Parlamentswahl 2007 gelten wird, geschafft. Allerdings stellten die Meinungsforscher mit sechzehn Prozent eine steigende Zahl von Wählern fest, die „Gegen alle“ gestimmt hätten. Bezogen auf Jabloko, SPS und die neuen politischen Vereinigungen, die sich an der rechten Flanke etablieren, hat WZIOM nach Ausführungen seines Generaldirektors Valeri Fjodorow deren Popularitätsrate sehr aufmerksam beobachtet. „Im Laufe des ganzen Jahres gab es keinen einzigen Monat, in dem eine dieser Parteien mehr als drei Prozent erzielt hat“, erklärte er. Für ihn ein Zeichen, daß es den Parteien 2004 nicht gelungen sei, zu beweisen, daß ihr Scheitern bei der Duma-Wahl vom 7. Dezember 2003 ein Ausrutscher war. Im Gegenteil: „Ihr Verschwinden aus dem Parlament und der Rückgang ihrer Medienpräsenz hat ihnen einen zusätzlichen Impuls, jedoch nicht nach oben, sondern nach unten geben.“

te Rußlands und der orthodoxen Kirche ein, die Affäre Beilis Anfang des letzten Jahrhunderts. Seinerzeit wurde der Ziegeleiverwalter Menachem Beilis des Ritualmordes an dem orthodoxen kleinen Jungen Andrej Juschtschinski beschuldigt. An der Durchführung des schmählichen Prozesses hatte die orthodoxe Kirche keinen geringen Anteil. Zur Verwunderung der Prozeßinitiatoren

sprachen aber die Geschworenen Beilis frei. Interessant ist aber etwas anderes: Im November 1913, also bereits nach dem Gerichtsverfahren gegen Beilis, wurde unter Regie der orthodoxen Kirche die Spendenammlung für den Bau einer Kirche, die an den Märtyrer Andrej Juschtschinski erinnern sollte, eingeleitet. Kommentar überflüssig, wie es so schön heißt.

Doch zum Pech der Popen wohnen nicht in allen russischen Regionen Moslems, an denen sie ihren gerechten Zorn auslassen und auf die sie ihre naiven Schäfchen hetzen können. Deshalb müssen sie sich mit denen begnügen, die ihnen gerade unter die Finger kommen.

Vor vier Jahren wurde in dem gottverlassenen Ewenkendorf Tura der ortho- →

Änderungen am Wahlrecht

Die Zentrale Wahlkommission Rußlands will nach Angaben ihres Vorsitzenden Alexander Weschnjakow im Jahre 2005 einige Vorschläge für Änderungen der Wahlgesetze vorlegen. Ihm zufolge sollen vierzehn Gesetze geändert werden. Unter anderem soll vorgeschlagen werden, einen einheitlichen Wahltag einzuführen, Wahlbündnisse abzuschaffen, Abgeordnete wegen Nichterfüllung ihrer Amtspflichten zur Verantwortung ziehen zu können, die Finanzierung der politischen Parteien um 600 bis 800 Prozent zu erhöhen und Quoten für die Wahl von Frauen zu schaffen. In der Einführung eines einheitlichen Wahltages sieht Weschnjakow die wichtigste Änderung. Nach den Überlegungen der Zentralen Wahlkommission sollen Wahlen einmal im Jahr, und zwar im März, durchgeführt werden und mögliche Nachwahlen im November. Nach Ansicht des Kommissionsvorsitzenden soll künftig eine Frauenquote von mindestens dreißig Prozent für die Wahllisten der Parteien festgelegt werden. In diesem Jahr will die Zentrale Wahlkommission außerdem alle Wahlberechtigten in einer föderalen Datenbank erfassen, gab Weschnjakow bekannt. Bezogen auf die Wahlen in den Regionen der Russischen Föderation erklärte er, daß alle regionalen Parlamente im Jahre 2004 „in beschlußfähiger Zusammensetzung“ gebildet worden seien. Die Partei „Einheitliches Rußland“ war nach seinen Angaben bei den regionalen Parlamentswahlen führend und erzielte Ergebnisse zwischen 23 bis 37 Prozent der Stimmen. Hohe Aktivitäten hätten auch die Kommunistische Partei, die Liberaldemokratische Partei, die Rentnerpartei und der Bund Rechter Kräfte gezeigt.

doxe Geistliche Vater Grigori mit einem Dolchstich ins Herz getötet. Der Verdächtige Ruslan Ljubezki (27 Jahre), ein Deserteur, der sich „Krieger Krishnas“ nannte, erklärte, eine Stimme aus dem Jenseits hätte ihm diese Tat eingeflüstert. Die Ermittlung war noch nicht abgeschlossen, da sprachen einige Kirchenväter schon davon, daß der Pope einem Ritualmord der Krishna-Jünger zum Opfer gefallen sei. Etliche Massenmedien bauschten den Fall zu einer großen Kampagne auf. Es kam zu Überfällen auf Krishna-Jünger in einer Reihe russischer Städte, wobei Milizangehörige Vorschub leisteten - ganz genau: besagte einfache Milizionäre.

Schlußendlich erklärte das Gericht den Angeklagten für unzurechnungsfähig. Die Ermittlungen erbrachten zudem, daß Ljubezki nie Mitglied einer Krishna-Organisation war und nie Kontakt zu einer solchen hatte. Das aber hielt die Sektenbekämpfer nicht davon ab, den Krishna-Jüngern noch immer alle Sünden der Welt anzuhängen. Interessanterweise schlossen die Ermittler einen homosexuellen Hintergrund des Verbrechens nicht aus, denn laut Statistik wurden von 1990 bis 2000 die Hälfte der Morde an Geistlichen gerade aus diesem Grund begangen, so die Zeitschrift „Inostranetz“ in ihrer Ausgabe vom 18. April 2000.

Schon lange ist mir klar, daß es keine undankbarere Aufgabe gibt, als den Islam oder eine andere Religion unter Berufung auf die jeweiligen Heiligen Schriften zu verteidigen. Denn wem man kein Gehör schenken will, dem hört man einfach nicht zu, da kann man sicher sein. Wer es bezweifelt, der schreibe einen Brief an die „Iswestija“ als Reaktion auf die Kurajewschen Ergüsse, etwa in seinem Stil: „Unsere Haltung zur orthodoxen Kirche nach den Artikeln Kurajews“. Dann wird man sehen, ob der Leser-

brief veröffentlicht wird. Zweitens, weil die Menschen, die derlei Sachen schreiben, häufig genau das Gegenteil davon denken, es bringt ihnen einfach etwas, wenn sie so schreiben und reden. Deshalb ist jede Diskussion mit ihnen von vornherein sinnlos. Nehmen wir einfach Kurajew, den ich nicht als dumm bezeichnen würde. Seine Vorsicht im ganzen Artikel, das ungeschickte Katzbuckeln inmitten des Gekeifes wie „alle Terroristen sind Moslems, aber nicht alle Moslems sind Terroristen“ zeugen von der Kluft zwischen dem, was man schreiben muß, und dem, was man in Wirklichkeit denkt.

Manchmal schimmert aber doch ein Funken Ehrlichkeit durch in dem Beitrag des Diakons mit dem türkischen Namen Kurajew. „Wer hätte gedacht, daß zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Schicksal der Menschheit in den Händen religiöser Schriftgelehrter liegt“, jammert Vater Andrej. „Und das ist in der Tat so, nur daß es sich um moslemische Theologen handelt.“ Schade, daß es keine orthodoxen sind. Schade, was?

Noch seltsamer nimmt sich folgende Passage aus: „Ihre Religion verspricht jedem Schachid, der auf dem Schlachtfeld stirbt, die sofortige Aufnahme ins moslemische Paradies mit Huris (wer es wünscht, auch mit Junglingen) ‚Es umgeben sie ewig junge Knaben‘ (Sure 56: 17).“ Diese unappetitlichen Andeutungen, die von der laienhaften Auslegung des Koran zeugen, bei einem Vertreter der orthodoxen Kirche zu lesen, der nicht nur vom Hörensagen weiß, daß die Homosexualität bei orthodoxen Geistlichen beinahe schon epidemischen Charakter trägt, mutet zumindest merkwürdig an.

Sieht man, mit welchem Eifer unsere orthodoxen Geistlichen mit hochgekrepelten Armen darangehen, den Koran zu kommentieren, denkt man unwillkürlich, daß sie mit derselben Energie lieber ihrer Ge-

meinde dienen sollten! Lieber öfter in die Bibel schauen! Auch wenn sie sich die Moslems zu ihren Lieblingsfeinden auserkoren, Christus lehrte uns, die Feinde zu lieben.

Man hat den Eindruck, im heutigen Rußland kommentiert jeder, der Lust dazu hat, den Koran. Sogar Drehbuchautoren. 2002 brachte die „Iswestija“ in einigen Septemberausgaben ein Pamphlet (O-Ton des Verfassers) des Drehbuchautoren Oleg Ossetinski „Wenn ich wie bin Laden wäre“. Beim Lesen befallen einen tatsächlich Zweifel, wer gefährlicher ist: der halblegendäre bin Laden oder Herr Ossetinski:

„Ich hätte in den ersten zwanzig Minuten nach der Katastrophe vom 11. September, ohne jemanden zu fragen, einige Erdölbohrungen in Saudi-Arabien bombardiert und zur Abkühlung auf die islamistischen Staaten Atombomben abgeworfen - aber gleich - alles klar?! Dann hätte ich die Flugzeuge von allen Militärstützpunkten starten lassen, über den Rundfunk in der ganzen Welt den Ausnahmezustand erklärt, von Putin eine Kompanie russischer Sondereinsatzkräfte geordert - für tausend Dollar durchbrechen die jede Bewachung in jedem Land: im Handumdrehen und ohne Rücksicht auf zivile Opfer - sollen die doch für den Schlamassel büßen, den sie eingebrockt haben -, die schlimmsten islamischen Führer liquidiert, Frauen und Kinder ab in Konzentrationslager Stalinschen Typs zur Umerziehung, als Wache stellte ich junge radikale Chinesen und lettische Schützen auf. Mit härtestem Terror - wie Jermolow im Kaukasus - brächte ich alle zur Raison und stellte der UNO ein Ultimatum - besser ohne UNO -, die trennt die Religion vom Staat, nimmt Gesetze an, bestenfalls erklärt sie den Islam zur menschenfeindlichen Religion...

Wir Christen sind natürlich selber schuld, haben uns selbst den Strick gedreht! Die Araber würden immer noch durch ih-

re Wüsten ziehen und Schafe hüten, wenn wir nicht den Benzinmotor erfunden hätten. Die haben doch das ganze Erdöl, und nun kaufen sie, ohne einen Finger krumm zu machen, die ganze Welt auf! Also rasch ihr Öl bombardieren, das russische Öl reicht für alle! Und ohne Erdöldollar kriechen die Musli (so werden die Moslems im Pamphlet genannt - Anm. d. Autors) schnell in ihre Hütten zurück, denn sie können ja nichts! Bei Widerstand liebe ich stündlich eine Atombombe hochgehen (vom Verfasser fett hervorgehoben)! Und Schluß mit dem Dschihad, aus, basta!"

Noch einmal, diese Worte stammen von Oleg Ossetinski, geschrieben von einem fiktiven „russischen Studenten“, der, man ahnt es, ebenfalls tief in seinem Inneren unzufrieden ist mit dem, was abläuft. Dieser Student schreibt Ossetinski angeblich regelmäßig Briefe obigen Inhalts, Ossetinski versucht, ihn aufzuklären - angeblich.

Später sagte der Anwalt der „Iswestija“ und gleichzeitig Ossetinskis vor Gericht, daß das islamische Informationsportal islam.ru angerufen hatte, das Pamphlet sei ein literarisches Werk, was der Verfasser in der Ich-Form schreibt, sage nichts aus über seine eigene Einstellung.

Dieses Argument wäre ja überzeugend, hätte der Verfasser es persönlich vorgebracht, statt dessen versteckt er sich wie bin Laden schon das zweite Jahr vor dem Zugriff der Justiz, die eine Anklage nach Paragraph 282, Teil 1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation „Wegen Anstiftung zur Feindschaft zwischen Volksgruppen und Religionen“ erhebt. Dies zum einen. Zweitens: hätte sich der Verfasser öffentlich bei den Moslems für sein „literarisches Werk“ entschuldigt. Und drittens enthält das Pamphlet auch andere Beschimpfungen der Moslems, die nicht vom „russischen Studenten“, sondern von Ossetinski

selbst stammen. Zum Beispiel: „Wo seid ihr, Hunnen, auf die wir warten!“ fragt er sehnsuchtsvoll. „Da, da sind sie! Kammen geflogen, gekrochen, haben sich überall eingeschlichen und alles in Besitz genommen. Ihr müßt wissen, liebe Leute, daß wir im Unterschied zu den USA an der vordersten Front des Krieges gegen den ‚Terrorismus‘ stehen. Diesen Feind - Fatalismus und Aggression, die Ablehnung der Werte der westlichen Zivilisation - kennen wir seit Tausenden von Jahren. Und wir glaubten, 1552 in Kasan damit Schluß gemacht zu haben! Interessant zu erfahren, wer es den illegalen Immigranten ermöglichte, in Moskau ganze Straßenzüge aufzukaufen? Ich bitte Sie, so viele ‚Gäste‘ brauchen wir nicht! Wir sind selbst noch ‚Wilde‘, wie Akademiemitglied Pantschenko es einmal ausdrückte, und Ankömmlinge aus Ländern mit fremder Mentalität zersetzen unsere Gesellschaft endgültig, werfen uns ins Mittelalter zurück, dringen in Führungsstrukturen ein, ‚arbeiten‘ bereits bei der Miliz und werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit Sommerschulen besuchen!“

Da haben also auch die Tataren ihr Fett abgekriegt, die gemeinsam mit den Russen den modernen russischen Staat aufbauten. Weiter ist zu lesen: „Der lawinenartige Zustrom von Immigranten, die mit ihren Regeln und Moscheen in unser christliches Land einzureisen wünschen, verstößt gegen das ureigenste Menschenrecht (vom Verfasser fett hervorgehoben). Denn das wichtigste Menschenrecht ist das Recht, in seinem eigenen Haus zu wohnen, und zwar zusammen mit denen, mit denen man leben möchte (vom Verfasser betont)! Es ist außer Zweifel, daß Moslems und Christen heute in Europa nicht zusammenleben können. Also muß man sich friedlich trennen und in seine Wohnungen zurückziehen. Das ist kein Faschismus, das ist Prophylaxe und Hygiene, die den Weltuntergang aufhalten.“

„Unterentwickelte Nationen müssen sich selbst entwickeln und sich der Zivilisation annähern - mit ihrer Arbeit in ihrer Heimat - natürlich mit Hilfe zivilisierter Mächte - von mir aus!“

Dem Aufbau des Pamphlets folgend, erhält Ossetinski in dem Moment, als er diese Worte schreibt, wie ein Blitz aus heiterem Himmel wieder einen Brief vom „russischen Studenten“.

„Schauen Sie sich nur mal auf den Wochenmärkten um!“ fordert der „russische Student“, bebend vor Unzufriedenheit. „Ohne die da kosteten die Lebensmittel die Hälfte, sage ich! Und rührt sich irgendein Arsch? Kapiert doch endlich, die Moslems hassen uns, verachten uns! Und vermehren sich wie die Kaninchen, ständig kommen neue Verwandte zu ihnen! Sagen Sie mir, Herr Journalist, warum wir Russen uns bei uns zu Hause nicht aussuchen dürfen, wen wir mögen, mit wem wir befreundet sein und wen wir bitten wollen, wegzugehen? Wieder sagen Sie, das sei Rassismus! Nein, der Trick zieht nicht mehr! Ich sage ja nicht, daß sie schlechter sind als wir, aber sie sind anders (vom Verfasser hervorgehoben)! Wie heißt es doch so schön: ‚Komm nicht mit deinen Regeln in ein fremdes Kloster‘, und wenn du schon da bist, dann richte dich nach der Klosterordnung. Ist das auch Faschismus?!“

Die meisten Menschen bei uns denken so: Wenn die Moslems bei uns leben wollen, gut, dann sollen sie es, wir sind ja großzügig! Aber dann müssen sie sich anmelden und einen Arbeitsvertrag erhalten. Arbeiten und Steuern zahlen. Wer die Staatsbürgerschaft für sich und seine Kinder beansprucht, der soll sich gefälligst bekreuzigen und unsere Regeln befolgen (vom Verfasser hervorgehoben) - wie das vor 1914 in Rußland war!“

Ein erstaunliches historisches Wissen, eines wahren Patrioten würdig! Ossetinski wird die Rolle des „russischen →

Kooperationsprogramm zwischen Kyrgysstan und IWF

Kyrgysstan und der Internationale Währungsfonds haben ein Kooperationsprogramm für die Jahre 2005 bis 2007 unterzeichnet, das die Reduzierung des Haushaltsdefizits, die Verbesserung der Steuererhebung und begrenzte Auslandskredite vorsieht. Der Leiter der IWF-Delegation Tapio Saavalainen bewertete das Programm als überzeugend und entscheidend für die weitere Entwicklung des Landes. Es gebe keine radikalen Neuerungen, doch müsse die zentralasiatische Republik ihre Strategie überdenken, wie die Außenverschuldung in den Griff zu bekommen sei. Probleme seien zudem die Korruption und die wenig ausgewogene Steuergesetzgebung. Dringenden Handlungsbedarf sieht Saavalainen in der Energiewirtschaft. Vierzig Prozent der produzierten Energie gingen verloren, nur die Hälfte der Stromrechnungen würden von den Verbrauchern bezahlt. Der IWF meint, daß die Privatisierung des Energiesektors Abhilfe schaffen könne.

Stärke der russischen Streitkräfte

Zum 1. Januar 2005 wird sich die Gesamtstärke der russischen Streitkräfte nach Integration der Eisenbahntuppen auf 1 207 000 Armeeingehörige und 876 000 zivile Mitarbeiter belaufen. Dies geht aus Berichten des Verteidigungsministeriums hervor, die Ende 2004 veröffentlicht wurden. Im Ministerium geht man davon aus, daß damit das optimale und für die Landesverteidigung ausreichende Niveau erreicht und die Phase der großen Veränderungen bei Armee und Flotte abgeschlossen sind. Künftig könne man sich auf die Kampfausbildung und die Erhöhung der Kampfbereitschaft der Truppen konzentrieren.

Studenten" aber schnell langweilig, und er schlüpft in den Mantel des Oberkommandierenden Rußlands: „Also, wäre ich Putin, so schloße ich mit den USA einen Freundschaftsvertrag auf Ewigkeit, denn allein kann Rußland nicht überleben, China, Pakistan und Afghanistan zerreißen es in Stücke, ich würde Kamtschatka und einen Teil Sibiriens an die Chinesen verpachten, den Japanern für einen Riesenbatzen Greenbucks die Inseln verkaufen, die wir nicht brauchen, in Rußland Arbeitslager einführen wie unter Andropow, damit alle richtig schufteten, ein Gesetz über den freien Besitz von Revolvern und anderen Waffen einführen! Und künftig würde ich im Bündnis USA-Rußland agieren, ohne Rücksicht auf das untergehende Europa!"

Aber auch damit nicht genug. Einige Absätze weiter läßt sich Ossetinski schließlich darüber aus, was er anstelle von Bush täte.

Das alles wäre komisch, wäre es nicht so traurig. Vielleicht hat er wirklich nicht mehr alle Tassen im Schrank aus Neid auf Osama bin Laden? Früher war er ein bescheidener Drehbuchautor, ging als junger Mann sogar mit Schriftstellergrößen essen und plötzlich - Schaffenskrise! Alterserscheinungen. Er kann nicht mehr schreiben. Und da stellt ein arabischer Kerl solche Sachen an, daß die ganze Welt über ihn spricht. Die Frauen lieben ihn. Gemein! Und beneidenswert!

Ich war schon drauf und dran, an Ossetinskis Wahnsinn zu glauben, doch da entdeckte ich im Internet ein Interview mit ihm. Auf die Frage, was er gerade für den Film schreibt, antwortete er, dies sei jetzt nicht mehr das Wichtigste in seinem Leben und fügte hinzu: „Natürlich drehe ich manchmal noch, wenn man mich bittet, mitunter aus patriotischen Beweggründen, wie ‚Kamru‘, manchmal auch aus finanziel-

len Gründen." Das ist anscheinend Ossetinskis Grundeinstellung zur Arbeit. Außer patriotischen gibt es finanzielle Erwägungen. Anders ist es nicht zu erklären, was einen ganz respektablen Drehbuchautor bekannter und guter Filme dazu getrieben hat, sich für eine so schmutzige Sache wie die Verunglimpfung einer Weltreligion herzugeben.

Mit Altersdemenz ist wohl auch die euphorische Reaktion des Orientforschers Alim Gafurow auf Ossetinskis Machwerk unter dem Titel „Ich weiß, was der Islam bedeutet!" in einer Oktoberausgabe der „Iswestija" 2004 nicht zu erklären. Was moniert denn der tief in seinem Inneren unzufriedene tadschikische Atheist kommunistischer Schule, der den Sinn des Koran ziemlich plump übertrug?

„Ein anderer Irrtum bezieht sich auf den Frieden und das Wohlergehen auf Erden. In der Geschichte der islamischen Länder gab es weder das eine noch das andere. Und vor dem Einzug der Russen war das Leben in Mittelasien für das Volk die reinste Hölle. Vom Westen kamen die Turkmenen, vom Osten die Kokander, vom Süden griffen die Afghanen an. Sie mordeten, raubten, brandschatzten, verklavten die Menschen. Dabei hatten Täter und Opfer den gleichen Glauben - sie waren orthodoxe Sunniten. Und erst die Russen befreiten die unglückliche Bevölkerung von diesem Jahrhunderte währenden Joch.

Über dreizehn Jahrhunderte herrscht der Islam im Orient und brachte ihm nichts außer Niedergang, Verwilderung und Verfall. Dafür aber hält er in puncto Despotie und Grausamkeit die einsame Spitze. Die Weltgemeinschaft sollte den Islam zur ‚Religion non grata‘ erklären, mit allen Folgen für die Anhänger des Islams. Es gibt totalitäre Sekten, warum sollte es keine totalitären Religionen geben?"

Was ist das? Agitation aus den Zeiten des Kampfes gegen

die Basmatschen in Mittelasien oder ein Artikel in einer der meistgelesenen russischen Zeitungen Anfang des 21. Jahrhunderts? Statt einer Antwort hier noch ein paar Ratschläge des alten Kommunisten: „Der Staat muß den Flirt mit der Religion beenden, will er sich weltlich nennen. Das Fernsehen darf keine religiösen Feste, Imame in kostbaren Gewändern und endlose Reihen kniender Moslems in den Moscheen zeigen. Klar, bei uns herrscht Informationsfreiheit, aber wenn es um die Sicherheit nicht nur eines Staates, sondern der ganzen Menschheit geht, gilt es, Prioritäten zu setzen."

Da kommt einem ein Witz aus der Sowjetzeit in den Sinn: „Mit solchen Gedanken immer noch in Freiheit?" Zum Entsetzen eines jeden zivilisierten Menschen läuft Gafurow nicht bloß frei herum, sondern zitiert bei einer Gerichtsverhandlung triumphierend aus seinem Brief an die „Iswestija": „Es wird höchste Zeit, einzusehen, daß der heutige Islam keine Religion ist, sondern eine besondere Organisation mit harter Disziplin, die die Unterwerfung der ganzen Menschheit zum Ziel hat."

Erstaunlich, daß die Hand dieses gebrechlichen Greises mit der Hautfarbe einer faulenden Olive und müden mandelförmigen Augen solche Worte niederzuschreiben vermochte: „Ich wünschte, meine Worte, die Worte eines Sohns moslemischer Eltern, eines Übersetzers des Koran, erhörten auch die Moslems, die im bereits begonnenen Krieg auszuharren gedenken."

Wie kann ein „Sohn moslemischer Eltern" und „Koranübersetzer" nur so etwas von sich geben?! Erstaunlich, daß dem georgischen Juden Ossetinski, der fordert, alle Moslems und Vertreter nichteinheimischer Völker aus dem Westen und auch aus Rußland auszuweisen, der in Moskau lebende Tadschike Gafurow zustimmt, der dann als erster deportiert werden müßte.

Das alles bleibt nur so lange verwunderlich, bis man sich in Sätze wie diese hineinliest: „Der Islam erklärte der Weltzivilisation den Krieg. Und an vorderster Front der Gegenwehr steht Israel. Wenn dieser Staat standhält, halten auch wir stand."

Wir - wer soll das nur sein? Die tadschikischen Kommunisten etwa?

Während der Gerichtsverhandlung trat in der Pause Gafurows Frau an mich heran und steckte mir einen Zettel mit dem Programm des Israelischen Kulturzentrums zu. Kommen Sie, Sie werden es nicht bereuen, sagte sie, in ihren Augen stand rätselhafter Schmerz. Bei uns geht es lustig zu!

Wer könnte daran zweifeln...

Ich zitierte hauptsächlich aus der „Iswestija" als anschaulichstes Beispiel für die Islamfeindlichkeit in der russischen Presse. Dies bedeutet jedoch nicht, daß andere überregionale und regionale Zeitungen keine derartigen Beiträge bringen. Wie aus den im März 2004 von der Assoziation für ethnische Probleme des russischen Journalistenverbandes veröffentlichten Erhebungen hervorgeht, hat nur eine der großen in Moskau erscheinenden Zeitungen, die demokratische „Nowaja gaseta", keinen einzigen fremdenfeindlichen (islamfeindlichen) Beitrag publiziert („Solidarnosti", 2004, Heft 11 vom 31. März). Die Erhebungen zeigen, daß es in der russischen Hauptstadt ansonsten keine Zeitung gibt, die frei von fremdenfeindlichen, rassistischen oder faschistischen Publikationen ist. Und Hauptangriffsziele sind Kaukasien und Moslems.

Fachleute machten sogar in Kreuzworträtseln Islam- und Fremdenfeindlichkeit aus. So mußte die Antwort auf die Frage „Grober, ungehobelter, grausamer Mensch" „Asiat" lauten. Das Wort „Islam" war die Antwort auf die Frage: „Religion, die nach bin Laden riecht".

Das Thema Islamfeindlichkeit könnte unendlich fortgesetzt werden. Allerdings darf man dabei nicht ausblenden, daß die russischen Moslems zum Teil selbst schuld daran sind, daß die Islamfeindlichkeit in der Presse ausufert. Ein Blick in die wenigen moslemischen Massenmedien genügt völlig, um festzustellen, daß die Autoren vornehmlich damit beschäftigt sind, wer ein besserer Moslem war, Rawil Gaunutdin oder der selbsternannte Scheich ul-islam Talgat Tadschuddin; ob die von dem größten moslemischen Verlagshaus in Rußland „Umma“ herausgegebene Literatur wahhabitisch ist oder nicht; ob es richtig ist, daß in Dagestan der Verkauf und die Verbreitung von Auslegungen des Koran in russischer Sprache verboten wurde. Anstatt sich zusammenzurufen und gemeinsam gegen die konzertrierte antiislamische Pressekampagne vorzugehen, klären die Moslems ihre Beziehungen untereinander.

Noch unverständlicher ist die Haltung der moslemischen Führer, die sich „schämen“, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die spektakulärsten islamfeindlichen Fakten zu lenken, um mit allen gesetzlichen Mitteln die Rechte der Moslems zu schützen. In Westeuropa, wo die Moslems in der Regel nicht zur Stammbevölkerung zählen, setzten sie sich viel selbstbewußter für ihre Rechte ein als in Rußland, auf dessen Territorium sie seit Urzeiten zu Hause sind.

Der im tiefsten Inneren unzufriedene einfache Milizionär wird nicht warten, bis die Moslems geklärt haben, wer ein guter Moslem ist und wer ein schlechter. Während die Moslems sich mit sich selbst beschäftigen und sich schämen, ihre Rechte einzufordern, finden sich „Freiwillige“, die dem Milizionär helfen, Antworten auf die zwei ewigen russischen Fragen zu finden: „Wer ist schuld?“ und „Was tun?“

Juli Urussow, Journalist, Moskau

Turkmenistan drohte mit Einstellung der Gaslieferung an Rußland und die Ukraine

Turkmenistan fordert für seine Gaslieferungen an Rußland und die Ukraine höhere Preise und setzte zugleich eine Frist bis zum 30. Dezember 2004 zur Abstimmung der neuen Tarife. Andernfalls drohte das zentralasiatische Land, seine Lieferungen einzustellen, dies teilte das Außenministerium in Aschchabad mit. Zwar hatte man sich bei mehreren Treffen über die Bedingungen der turkmenischen Gaslieferungen für das Jahr 2005 bereits verständigt, über die Preise aber wurde keine Einigung erzielt. Turkmenistan hatte Rußland und der Ukraine Anfang Dezember den Vorschlag unterbreitet, die Gaspreise auf sechzig Dollar pro tausend Kubikmeter Gas zu erhöhen, sechzehn Dollar mehr als im Vorjahr. Damit, so Aschchabad, liege man immer noch weit unter den Preisen auf dem Weltmarkt, sechzig Dollar aber betrachte man als Mindestpreis. Die Preiserhöhung geht auch darauf zurück, daß Turkmenistan mit der Verzehnfachung der Preise für Metallerzeugnisse, Chemikalien und Ausrüstungen durch Rußland und die Ukraine unzufrieden ist, die als Bezahlung eines Teils der Gaslieferungen verrechnet werden. Am 3. Januar einigte man sich dann auf 58 Dollar pro tausend Kubikmeter.

Kasachstan kündigt Vertrag über zollfreien Transit russischer Militärlieferungen

Der Senat (die obere Kammer des Parlaments) Kasachstans hat sich dafür ausgesprochen, das Abkommen mit Rußland über den zollfreien Transit russischer Militärlieferungen über kasachstanisches Territorium nicht zu verlängern. Das auf fünf Jahre befristete Abkommen war am 9. September 1994 unterzeichnet und im September 1999 um weitere fünf Jahre verlängert worden. Der Senat begründete seine Entscheidung damit, daß es wirtschaftlich unvorteilhaft sei, das Abkommen für weitere fünf Jahre zu verlängern. Das Außenministerium Kasachstans ließ mitteilen, daß das Abkommen am 1. Januar 2005 auslaufe.

„Memorial“ erhält alternativen Nobelpreis

Die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ wurde mit dem „alternativen Nobelpreis“, der von der vom deutsch-schwedischen Journalisten Jakob Carl von Uexküll gegründeten Stiftung „Right Livelihood Award“ vergeben wird, ausgezeichnet. In der Begründung heißt es, daß man die russische Menschenrechtler mit dem Preis ehre, da sie unter „schwierigsten Bedingungen persönlichen Mut an den Tag gelegt und demonstriert haben, daß es notwendig ist, die Menschenrechte auf der ganzen Welt zu verteidigen.“ Oleg Orlow, der Vorsitzende von „Memorial“, bewertete die Preisvergabe als Auszeich-

nung nicht nur für „Memorial“, sondern für die Menschenrechtsbewegung insgesamt.

Shanghai Organisation für Zusammenarbeit kooperiert im Kampf gegen Drogenhandel

Die Leiter der Antidrogenbehörden der Mitgliedsstaaten der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, der Rußland, China, Kasachstan, Kyrgysstan, Tadschikistan und Usbekistan angehören, trafen sich am 10. Dezember 2004 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe, um Maßnahmen im gemeinsamen Kampf gegen den Handel illegaler Drogen zu beraten. Der Leiter der Drogenkontrollbehörde Tadschikistans Rustam Nasarow äußerte sich sehr besorgt über den ausgeweiteten Opiumanbau in Afghanistan und erklärte, daß im nordöstlichen Afghanistan Dutzende neuer Laboratorien entstanden seien, von denen jedes zehn bis zwölf Kilogramm Heroin pro Tag produzieren könne. Oleg Charitschkin, stellvertretender Leiter des Föderalen Drogenkontrolldienstes Rußlands erläuterte, daß eine Übereinkunft unterzeichnet werde, mit dem gemeinsame operative und investigative Maßnahmen auf den Territorien aller Mitgliedsstaaten ermöglicht werden sollen. Zudem werde Rußland Verbindungsoffiziere nach Afghanistan entsenden, die Kontakte aufbauen und mit den dortigen Sonderdiensten zusammenarbeiten werden.

Lob für Tadschikistan seitens des IWF

Die Mission des Internationalen Währungsfonds in Tadschikistan äußerte sich zufrieden über die Erfolge bei der Reduzierung der Außenschulden des Landes. Hatten die Außenschulden Ende des Jahres 2003 noch 1,3 Milliarden Dollar (66 Prozent des BIP) betragen, so beliefen sie sich im Dezember 2004 nur noch auf 822 Millionen Dollar (41 Prozent des BIP). Ein Großteil der Schuldenreduzierung ist Ergebnis des mit Rußland geschlossenen Abkommens über die Schuldenumstrukturierung.

Asiatische Entwicklungsbank gewährt Kyrgysstan neuen Kredit

Die Asiatische Entwicklungsbank gewährt der Republik Kyrgysstan einen 32 Jahre laufenden Kredit in Höhe von 32,8 Millionen Dollar für den Ausbau einer Straße von China über Kyrgysstan nach Usbekistan. Dies gab Aschraf Malik, der ständige Vertreter der Bank in Kyrgysstan, bekannt. Zudem werden in 2005 Mittel für folgende Programme bereitgestellt: drei Millionen Dollar für den Schutz der Landbevölkerung vor Naturkatastrophen, drei Millionen Dollar für die Entwicklung des kleinen und mittleren Unternehmertums in ländlichen Gebieten, drei Millionen für die Minderung der Säuglingssterblichkeit sowie 7,5 Millionen Dollar für die Modernisierung der kirgisischen Zollbehörden.

Bevölkerungsrückgang in der Ukraine hält an

Das Staatliche Statistikkomitee der Ukraine gab bekannt, daß Ende Oktober 2004 die Einwohnerzahl im Lande 47,35 Millionen Menschen betragen habe. Dies bedeutet einen weiteren Rückgang der Bevölkerung um fast 270 000 Menschen im Vergleich zum Dezember 2003. Ursachen für den fortwährenden Rückgang sind die niedrige Lebenserwartung und die niedrigen Geburtenzahlen bei gleichzeitig hoher Sterblichkeit.

Menschenrechtskommission in Rußland aufgewertet

Der russische Präsident hat die Menschenrechtskommission beim Präsidenten per Erlaß in einen Konsultativrat beim Präsidenten umgewandelt. Nach Ansicht von Ella Pamfilowa, Vorsitzende der Kommission zur Förderung der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen und Menschenrechte, bedeutet dies eine Aufwertung, denn mit der Umwandlung in einen Konsultativrat würden die Funktionen und Möglichkeiten der Menschenrechtler erweitert. Auch personell wurde der Rat erweitert. Neben den bereits in der Menschenrechtskommission tätigen Mitgliedern wie Ludmilla Alexejewa, Lew Roschal, Alexei Simonow und Tamara Morschtschakowa wurden in den Konsultativrat unter anderen der Soziologe Juri Lewada, der Präsident der Russischen Fernsehakademie Wladimir Posner, der Journalist Vitali Tretjakow, der Leiter von „Memorial“ Oleg Orlow, der Politologe Sergej Karaganow und der Menschenrechtler Boris Pustynzew berufen.

Russische Waffenexporte in Höhe von 5,4 Milliarden Rubel

Auch im Jahr 2004 verzeichnete die russische Waffen- und Militärindustrie große Erfolge bei den Rüstungsexporten ins Ausland. Wie das Rüstungsunternehmen „Rosoboronexport“

bekanntgab, werden die Waffenlieferungen im Jahresverlauf bei rund fünf Milliarden Rubel liegen. Damit setzt sich der bereits im Jahr 2003 zu verzeichnende Trend fort. In 2003 hatte allein „Rosoboronexport“, das für 95 Prozent aller Waffenexporte verantwortlich zeichnet, Waffen für 5,1 Milliarden Rubel verkauft. Im Jahr 2003 verkaufte Rußland insgesamt Waffen für 5,4 Milliarden Rubel. Gründe für die steigenden Waffenexporte seien, so der Generaldirektor des Unternehmens Sergej Tschesmesow, die Vervollkommnung des Systems der militärtechnischen Zusammenarbeit.

Tatarstan darf lateinisches Alphabet nicht einführen

Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation hat in einem Grundsatzurteil entschieden, daß die Subjekte der Russischen Föderation nicht berechtigt sind, eigenständig über die Festlegung der im Subjekt genutzten Schriftzeichen zu entscheiden. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Paragraph 3, Absatz 6 des föderalen Gesetzes „Über die Sprachen der Völker der Russischen Föderation“ der Landesverfassung nicht widerspreche. Danach basieren die Alphabete der Sprachen der Völker der Russischen Föderation auf dem kyrillischen Alphabet und die Schriftzeichen anderer Alphabete können nur über föderale, nicht aber über die Gesetze der Föderationssubjekte angenommen werden. Damit wurde die Klage des Staatsrates und des Obersten Gerichts der russischen Teilrepublik Tatarstan zurückgewiesen, in der es hieß, daß diese Norm verfassungswidrig sei.

Belarussische Opposition einigt sich auf eine Strategie für 2006

Nach den verheerenden Ergebnissen der Parlamentswahlen und des für Präsident Lukaschenko erfolgreichen Referendums in Belarus haben sich die belarussischen Oppositi-

onsparteien auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Unterzeichnet wurde ein Abkommen über den Zusammenschluß und die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie für die Präsidentschaftswahl im Jahre 2006, dies erklärte der Vorsitzende der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei (Narodnaja Hromada) Michail Statkewitsch. Angestrebt wird ein auf demokratische europäische Werte gestützter unabhängiger Staat. Vor allem wurde in dem Abkommen vereinbart, daß man einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl nominieren werde. Gegründet wurde ein ständiger Rat, der die Arbeit der vereinigten Opposition koordinieren wird. Unterzeichner des Abkommens sind neben Michail Statkewitsch Alexander Lebedko, Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei, Stanislaw Schuschkewitsch, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (Hromada), Wintschuk Wjatschorka, Vorsitzender der Belarussischen Volksfront, Valentina Matussewitsch, Vorsitzende der Frauenpartei „Hoffnung“, Sergej Kaljakin, Vorsitzender der Partei der Kommunisten von Belarus, und Alexander Buchwostow, Gewerkschaftsführer. Auch die Vorsitzenden der belarussischen oppositionellen Jugendbewegung Pawel Sewarynez und Wladimir Nawasad schlossen sich dem neuen Bündnis an.

Neuregistrierung von religiösen Verbänden und Organisationen in Belarus abgeschlossen

„Die Ergebnisse der Neuregistrierung von religiösen Organisationen beweisen, daß die Vorwürfe, in Belarus würden internationale Standards bei der Gewährleistung der Glaubensfreiheit nicht eingehalten, gegenstandslos sind.“ Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Religionen und Nationalitäten beim Ministerrat der Republik Belarus Alexander Kalinow.

Von den insgesamt 2 780 religiösen Verbänden und 140 Organisationen wurden 99,3 beziehungsweise hundert Prozent neu registriert. Damit entfallen nach Meinung Kalinows alle Gründe für die Kritik am im Jahre 2002 verabschiedeten Gesetz „Über die Glaubensfreiheit und religiöse Organisationen“, die sowohl von Vertretern belarussischer konfessioneller Verbände als auch von diversen ausländischen Menschenrechtsorganisationen geübt worden war. 84 Organisationen hatten im Zuge der Neuregistrierung ihre Selbstauflösung angekündigt, das sind drei Prozent aller Organisationen. Als Grund für die Selbstauflösung wurde in der Regel die mangelnde Mitgliederzahl genannt. Die Entscheidung wurde von den Glaubensangehörigen und ohne Einfluß seitens der Behörden getroffen, so Kalinow. Seiner Ansicht nach werde die Neuregistrierung zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen religiösen Organisationen und Staat beitragen.

Wirtschaftswachstum in Kasachstan stabil

Der kasachstanische Präsident Nursultan Nasarbajew hat Ende Dezember erklärt, daß die Regierung ein Wirtschaftswachstum von jährlich neun Prozent in den nächsten fünf Jahren erwarte und wertete dies zugleich als Bestätigung der erfolgreichen Umsetzung des strategischen Entwicklungsprogramms „Kasachstan-2030“, das die Regierung vor sieben Jahren angenommen hatte. Insbesondere in der Bauindustrie habe sich das Investitionsvolumen verdoppelt, hob Nasarbajew positiv hervor. Starke Kritik übte der Präsident daran, daß einige der in der zentralasiatischen Republik tätigen Privatinvestoren nicht in ausreichendem Maße nach kasachstanischen Partnern gesucht hätten. Er forderte zugleich insgesamt offenere und durchsichtigere Investitionspraktiken.